Einzelpreis 70 Heller.

Re[illegible]ltung:
[illegible].32.

Telephone:
Tagesredaktion: 6795.
Nachtredaktion: 6797.

Postscheckamt: 57544.

Inserate werden laut Tarif billigst berechnet. Bei öfteren Einschaltungen Preisnachlaß.

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugs-Bedingungen:
Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post:

monatlich .... Kč	16.—
vierteljährlich .. „	48.—
halbjährig .... „	96.—
ganzjährig .... „	192.—

Rückstellung von Manuskripten erfolgt nur bei Einsendung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

4. Jahrgang. Donnerstag, 13. März 1924. Nr. 62.

Der „Nachfolger Mohammeds"- abgeschafft

In der Nacht vom 3. auf den 4. März hat sich in aller Stille ein Ereignis von welthistorischer Bedeutung vollzogen: die Vertreter der türkischen Nationalversammlung zu Angora haben den in Konstantinopel residierenden Kalifen Abdul Madschid für abgesetzt erklärt und mit seiner Familie für immerwährende Zeiten des Landes verwiesen. Der „Stellvertreter des Propheten" hatte nur zwei Stunden Zeit, um seine sieben Sachen und seine Frauen zusammenzusuchen, dann wurde er mit der ganzen Reisebagage in einen Extrazug gesetzt und an die griechische Grenze gebracht, von wo er nach der Zufluchtsstätte so vieler abgesetzter Staatsgrößen, der Schweiz, gereist ist. Aber noch mehr. Die türkische Nationalversammlung hat nicht bloß den jetzigen Gottobersten der mohammedanischen Kirche aus dem Lande abgeschoben, sie hat auch das Kalifat, dessen jeweiliger Träger die Würde eines „Kalufa Rasul Allah", das heißt Stellvertreter des abgesandten Allah, innehatte, überhaupt abgeschafft. Das ist selbst für das Geschlecht dieser gährenden, unruhvollen Zeitepoche, das eine Menge von Kaiser- und Königskronen in den Kehricht der Geschichte rollen sah, ein bedeutsames Ereignis. Ist es nicht wie ein Stück utopischer Unwirklichkeit? Der Kalif verbannt und ausgewiesen! Verklungene Märchen aus der Kinderzeit tauchen vor dem Auge der Erinnerung auf. Der Kalif — dem in der Welt des Islams die Rolle eines allmächtig gebietenden Herrschers und Papstes zugleich zukam — abgetan und entlassen! Scheint dies möglich? Weit über zehn Jahrhunderte reicht die Institution des Kalifats zurück und sie schien in der Ideen- und Gefühlswelt des Orients unzerreißbar verankert. Der Kalif — diese schier mystische, vom Zauber des Prophetentums umflossene Märchengestalt, schien sie nicht Ewigkeitsbestand zu haben und mit der seit einem Jahrtausend erstarrten, den Einflüssen westlichen Geistes- und Kulturlebens unzugänglich scheinenden Kultur des türkischen Reiches unzertrennbar verbunden?

Es gibt viele europäische Betrachter, welche diesen revolutionären Akt der Angoraregierung für sehr bedenklich halten und insbesondere in Ententekreisen erwartet man mit offener Schadenfreude, daß Angora sich dadurch vor der islamischen Welt unheilbar bloßgestellt habe. Die Abschaffung des Kalifats werde, so prophezeien sie, der Auflehnung der islamischen Völker begegnen, denn sie widerspräche der alteingewurzelten Tradition ebenso wie den religiösen Empfindungen der mohammedanischen Gläubigen. Was sich doch die guten Leute die Köpfe darüber zerbrechen, wie die islamischen Völker ihr Schicksal zurechtzimmern wollen und wie diese Maßnahme auf ihr Herz und Gemüt wirken werde! Diese europäischen Neunmalweisen! Sie reden und schreiben sich die Köpfe darüber heiß, was für traurige Folgen sich aus dem Schritt der Angoraregierung für das türkische Reich ergeben müßten und entdecken plötzlich, wie unentbehrlich das Kalifat für die mohammedanische Welt im allgemeinen und für die Türkei im besonderen sei! Aber das Vorgehen der türkischen Nationalversammlung hat ebenso seine guten Gründe wie die Mahnungen der unbefragten christlichen Ratgeber in Europa die sich auf einmal um Schicksal und Zukunft der islamischen Religion und ihrer irdischen Machtstellung so liebevoll besorgt zeigen.

Warum hat die Nationalversammlung zu Angora das Kalifat abgeschafft? Kurz gesagt: weil sie in dieser Einrichtung eine Gefahr für den Fortbestand der türkischen Republik erblickt! Nach dem Weltkrieg drohte der Türkei völlige Zerstückelung und Vernichtung. Das weckte im türkischen Volke starke Kräfte, die durch den politisch wie militärisch gleichermaßen hervorragenden Kemal Pascha in einer Bewegung vereinigt und geführt wurden. Nach dem mit Erfolg beendeten Feldzug der Angoratruppen gegen die Griechen, der eine Zerreißung des Friedensvertrages von Sevres bedeutete, wurde der Sultan Wahid-ed-din, der an der Erhebung keinen Anteil nahm, abgesetzt, und am 2. November 1922 die Türkei als Republik ausgerufen. Der Sultan war bis dahin nicht nur der Herrscher des Staates, sondern, als Kalif, auch das Oberhaupt der mohammedanischen Glaubensbekenner. Nach der Umwandlung der Türkei zur Republik blieb das Kalifat noch bestehen, das Abdul Madschid anvertraut wurde. Es war ein Scheinkalifat, denn Abdul Madschid war aller Macht im Staate entkleidet. Nun wurde auch dieses Kalifat, das nur ein schwacher Abglanz seiner einstigen Größe war, beseitigt, weil es der Nationalversammlung als Gefahr für den Bestand der Republik erschien. Der demokratische Geist, der in der Türkei Einzug gehalten hat, will diese Republik, die ihm als Bürgschaft und Grundlage der Entwicklung und des Aufstrebens des türkischen Volkes gilt, gegen alle Feinde schützen und befestigen. Der erste Punkt des Regierungsprogramms Kemal Paschas nach der Ausrufung des Regierungsprogramms sprach schon diesen Willen aus: „Die Nation will die Republik unbedingt und für immer geschützt wissen." Die republikanische Regierung spürte es aber auf Schritt und Tritt, daß in dem Fortbestand des Kalifats eine gegenrevolutionäre, auf die Wiedererrichtung der alten monarchistischen Verhältnisse gerichtete Macht bestehen geblieben war, mit der, wollte die junge Republik nicht ihr Leben gefährden, es kein Kompromiß eingehen konnte. Kemal Pascha erkannte noch rechtzeitig, daß, wenn sich der Staat gemäß den Grundsätzen der Demokratie entwickeln sollte, dem Köhlerglauben von der göttlichen Sendung des Kirchenoberhauptes ein Ende gesetzt werden mußte. Die türkischen Republikaner haben der abschreckenden Beispiele in Europa genug gesehen, um zu erkennen, daß die Kirche, welcher Art immer, Feindin der Demokratie, des Fortschritts, der Volksrechte und der Volksfreiheit ist, und daß das Kalifat den unversöhnlichen Angora-Gegnern in Europa ein williges und wirksames Werkzeug war und darum fand Angora Mut und Kraft, mit einem Schlage dieses Hemmnisses sich zu entledigen, mochten dadurch auch jahrhundertealte religiöse Traditionen jäh durchbrochen werden.

Handelte die türkische Nationalversammlung aus gewichtigen Gründen heraus, so findet auch die europäische Gegnerschaft der Tat der Angoraregierung ihre volle Erklärung. Sie ist in der Abkehr des westeuropäischen Bürgertums von der Demokratie zu suchen. Was gilt in den westeuropäischen Ländern den bürgerlichen Klassen der politische Fortschritt, den die Republik darstellt! Für sie ist die Republik nur etwas Hassenswertes, da sie die alten Machtverhältnisse untergrub! Da sind sie schon um das Kalifat viel besorgter, das noch als Symbol vergangener absolutistischer Herrschaftszustände in unsere Zeit hineinragte. Dieses Bürgertum hat seine einstige demokratische Vergangenheit längst preisgegeben und vergessen und huldigt mehr oder minder in allen Ländern dem Fascismus, der durch die brutale Gewalt wieder die Herrschaft der besitzenden Minderheit über die besitzlose Mehrheit aufrichten soll. So sehen wir, daß während die Türken mit alten religiösen Traditionen brechen, um ihr Kostbarstes, die gewonnene republikanische und demokratische Freiheit sich zu bewahren, und sogar die Chinesen ihren Herrscher „abgebaut" haben, die angeblich „geistig hochstehenden" Schichten des europäischen Bürgertums in der Rückkehr zur Vergangenheit, in der Verwerfung des politischen Fortschritts und der Volksrechte ihr Heil suchen.

Die Abschaffung des Kalifats ist ein Zeichen des unaufhaltsamen Vorschreitens der politischen Entwicklung selbst im Osten, der dem Fortschreitt und der kulturellen Gesittung so lange verschlossen schien. Mögen bei uns die Unken rufen, der Weg, der jetzt durch düstere Nebel hindurchführt, wird auch hier wieder zu lichteren Höhen emporführen!

Heute Reichstagsauflösung.

Unmöglichkeit einer Zusammenarbeit zwischen Reichstag und Reichsregierung.

Berlin, 12. März. (Eigenbericht.) Wie Reichstagspräsident Loebe in der heutigen Sitzung verkündete, wird der Reichstag morgen, Donnerstag, sein Ende finden. Die Reichsregierung wird zur Auflösung schreiten unter der Motivierung, daß eine Zusammenarbeit zwischen Reichstag und Reichsregierung nicht mehr möglich sei, nachdem die Opposition auf der Beratung der Abänderungsanträge zu den Notverordnungen besteht. Am Donnerstag wird auch die Entscheidung über den Wahltag fallen. Voraussichtlich werden alle vorliegenden Anträge nicht die erforderliche Zweidrittel-Mehrheit erhalten. In der heutigen Sitzung wurde bereits der deutschnationale Antrag, mit den Reichstagswahlen die Neuwahl des Reichspräsidenten zu verbinden, mit großer Mehrheit abgelehnt.

Die sozialistische Balkankonferenz.

Bukarest, 12. März. (O. R.) Gestern wurde hier unter Teilnahme der bulgarischen, jugoslawischen und rumänischen Delegation die sozialistische Balkankonferenz eröffnet. Für die sozialistische Internationale waren Friedrich Adler und Zeretelli anwesend. Zweck der Konferenz ist teils die Diskussion über die Taktik und Tätigkeit zwecks **Annäherung der Balkanvölker**, teils eine Enquete über den Standpunkt der **bulgarischen sozialdemokratischen Partei**, deren **Zusammenarbeit mit der Regierung Zankow als Durchbrechung der sozialistischen Grundsätze und Unterstützung der Reaktion** betrachtet werde. Der Bericht über das Ergebnis der Verhandlungen wird dem Vollzugsausschuß der sozialistischen Internationale, der im Juni in Wien zusammentritt, zur Entscheidung abgetreten werden. Die Konferenz wird morgen beendet. Die ausländischen Delegierten werden Sonntag in öffentlichen Versammlungen sprechen.

England hat keine Bündnisverpflichtungen.

London, 12. März. (Reuter.) In Erwiderung einer Anfrage im Unterhause, ob irgend welche Verbindlichkeiten zwischen Großbritannien und anderen Ländern bestehen, die Großbritannien in einen Krieg verwickeln könnten, erklärte Ramsay Macdonald, daß Großbritannien gegenwärtig keine anderen Verpflichtungen hat, als diejenigen, die aus dem Friedensvertrage und dem Völkerbundpakte entspringen.

Frankreich, der Feind von morgen.

London, 11. März. Das Unterhaus hat mit 260 gegen 195 Stimmen eine Entschließung abgelehnt, in der die Notwendigkeit betont wurde, hinreichende Luftstreitkräfte zu erhalten, um einen angemessenen Schutz gegen Luftangriffe seitens der stärksten Luftstreitmacht innerhalb der Reichweite der britischen Küste zu sichern. Der Unterstaatssekretär für Luftfahrwesen hatte die Zurückziehung des Antrages vorgeschlagen, da er sie als eine gegen Frankreich gerichtete Erklärung ansehe.

Selbstverwaltung und Hilfe für die Arbeitslosen.

Eine Anzahl von Bezirksverwaltungskommissionen haben zur Milderung der Not der Arbeitslosen größere Beträge im Jahresvoranschlage eingesetzt. Unter anderen hat die B. V. K. Reichenberg in ihrer Sitzung vom 3. Dezember 1923 nach dem Berichte der Reichenberger Zeitung Nr. 283 vom Dienstag, den 4. Dezember 1923 einen Betrag von 300.000 Kronen für Arbeitslose bewilligt, obwohl ein unbedeckter Abgang von 1,033.505 K vorhanden ist. Im ordentlichen Voranschlag sind weiter für Sozialfürsorge 434.244 K eingestellt und die Zuschläge wurden mit 43 Prozent zur Zinssteuer und mit 120 Prozent zu den übrigen Steuern festgesetzt. Im Jahre 1923 hat die genannte Körperschaft für Arbeitslose 250.782 K ausgegeben und daß sie für 1924 einen um 50.000 K höheren Betrag im Voranschlage festsetzte, ist ein erfreuliches Zeichen für die sozialen Anschauungen dieser B. V. K.

Der Voranschlag der B. V. K. Tetschen, der man keinesfalls nachsagen kann, daß sie für soziale Fürsorge kein Verständnis besessen hätte, enthält für 1924 **für Arbeitslose keinen Betrag.** Ist diese Kommission plötzlich rückständig geworden oder gibt es im Bezirke Tetschen etwa keine Arbeitslosen? Keines von diesen beiden ist der Fall, sondern ein höchst eigenartiger und merkwürdiger Umstand ist hier vorhanden.

Der Bezirksverwaltungskommission Tetschen ist nämlich **durch den Landesverwaltungsausschuß direkt und ausdrücklich untersagt, Ausgaben für die Arbeitslosen zu machen.** So unglaublich als es klingt, es ist doch wahr und kann nicht weggedeutelt werden. Die B. V. K. Tetschen hatte schon im Jahre 1922 und 1923 viele Schwierigkeiten zu überwinden, um die Genehmigung ihres Voranschlages zu erhalten. Sie hatte auf dem Gebiete der sozialen Fürsorge neue Wege beschritten und große Summen hiefür vorgesehen. Diese Ausgaben für die Aermsten der Armen, die selbstverständlich durch Zuschläge gedeckt werden mußten, brachten das Blut des Rechtsanwaltes des industriellen Bezirksbundes in nicht geringe Wallung und meterlange Beschwerden ergingen an die unmittelbare Aufsichtsbehörde der B. V. K.

„Die trostlose Lage", so heißt es in einer dieser Beschwerden, „die derzeit in der Industrie und im Gewerbe herrscht und der hiedurch eingetretene fühlbare Mangel an Geld mußte der Bezirksverwaltung die doppelte Pflicht zur weitgehenden Sparsamkeit und zur Beschränkung des Bezirksaufwandes auf das zulässigste Mindestausmaß auferlegen. Es wurde bereits oben darauf hingewiesen, daß der Bezirksaufwand in den letzten zwei Jahren um 230 Prozent gestiegen ist. Wenn man bedenkt, daß in derselben Zeit der Kurs der tschechischen Krone eine starke Aufwärtsbewegung gezeitigt hat, so muß das ungeachtet dieser Tatsache eingetretene außerordentliche Anwachsen des jährlichen Bezirkserfordernisses umsomehr Bedenken und Befremden hervorrufen.

Die vorstehenden Anführungen verfolgen den Zweck, dem Landesverwaltungsausschusse vor Augen zu führen, daß der von der Bezirksverwaltungskommission beschlossene Jahresaufwand in keinem Verhältnisse zu der Steuerkraft des Bezirkes steht und insbesondere im Vergleiche zu den Nachbarbezirken weitaus zu hoch ist. Es soll nicht verkannt werden, daß die Bezirksverwaltungskommission das Bestreben zeigt, auf sozialem und kulturellem Gebiete möglichst viel zu schaffen. Allein so sehr jeder kulturelle, soziale und wirtschaftliche Fortschritt zu begrüßen ist, so darf doch auf der anderen Seite nicht verkannt werden, daß der Aufwand auf diesem Gebiete sich nach der wirtschaftlichen Kraft der Bezirksangehörigen zu richten und zu bescheiden hat.

Mit Rücksicht namentlich auf die derzeitigen wirtschaftlichen Verhältnisse ist es unbedingt geboten, alle Auslagen, welche an sich einem guten Zwecke dienen, aber nicht unbedingt erforderlich sind, auf bessere Zeiten zurückzustellen."

Die Beschwerde hatte zuerst den Erfolg, daß plötzlich ein Revisionsorgan des Landesverwaltungsausschusses in der Kanzlei der B. V. K. Tetschen erschien und einige Tage „revidierte", welche Posten sich kürzen, bzw. streichen lassen. Der Bezirksvoranschlag kam tatsächlich unerledigt mit dem Auftrage herab, bestimmte Posten um einen bestimmten Betrag zu kürzen.

Hiezu nahm die B. V. K. in öffentlicher Sitzung vom 26. Juni 1923 Stellung, kürzte den Voranschlag um einige tausend Kronen und bemerkte zum Schlusse der Beratung:

Zum Schlusse muß noch energisch dagegen Verwahrung eingelegt werden, ge-

gen die Art und Weise, wie die Revision der Bezirksvoranschläge durchgeführt wird. Es geht auf keinen Fall an, daß der Landesverwaltungsausschuß einen Rechnungsbeamten entsendet, der auf Grund des bloßen Zahlenmateriales dem Landesverwaltungsausschuß einen Bericht auf Herabsetzung dieser oder jener Posten des Voranschlages erstattet. An einem derartigen Vorgehen muß vor allem deshalb Kritik geübt werden, weil einen einzelnen Beamten, der mit den Verhältnissen im Bezirke ganz und gar nicht vertraut ist, der nötige Ueberblick und das Verständnis für die Bedürfnisse des Bezirkes mangeln muß. Es wäre gewiß angezeigt und nicht zu viel verlangt gewesen, wenn die Revision rechtzeitig bekanntgegeben und die Vertreter des Bezirkes zu einer Aussprache geladen worden wären. Es wird deshalb der zuversichtlichen Erwartung Ausdruck gegeben, daß der Landesverwaltungsausschuß in eventuellen künftigen Fällen von einem derartigen einseitigen Vorgehen absehen und dem gewiß berechtigten Verlangen demokratischer und sozialer Verwaltung des Bezirkes Rechnung tragen wird.

Und was antwortete der Landesverwaltungsausschuß auf diese gewiß vollkommen berechtigte Verwahrung?

Unter Zl. 139.980/III vom 18. November 1923 wurde der B. V. K. mitgeteilt, daß der L. V. A. im Einvernehmen mit der politischen L. V. dem Bezirke Teischen für 1923 eine 28prozentige Umlage zur Hauszinssteuer und eine 196prozentige zu allen übrigen Steuern bewilligt.

Gleichzeitig wurde folgende Belehrung darangeknüpft:

„Die Bezirkswirtschaftsgebarung muß mit größter Sparsamkeit geführt werden. Daraus ergibt sich, daß alle Ausgaben auf das kleinste Ausmaß beschränkt werden müssen, was besonders bei jenen Ausgaben gilt, zu welchen keine gesetzliche Verpflichtung besteht. Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß insbesonders darauf bestanden werden wird, daß im Voranschlag per 1924 **kein Posten betreffend die Unterstützung der Arbeitslosen sich vorfinden darf.**"

Ueber den Wunsch der B. V. K. betreffs Einhaltung eines bestimmten Vorganges bei einer Revision setzt sich der L. V. A. hochmütig von oben herunter mit nachstehender Bemerkung hinweg:

„Schließlich wird inbezug auf die Ausführungen des Protokolles über die Sitzung der Bezirksverwaltungskommission vom 26. Juni 1923 bemerkt, daß es Sache des Landesverwaltungsausschusses ist, bei der Erhebung von notwendigen Daten die ihm geeignet erscheinende Art hiefür zu wählen."

Das heißt also, irgend ein Organ des Landesverwaltungsausschusse kann zu einer Revision kommen, wann er will, er kann bei der Revision vorgehen, wie er selbst will, wenn er auch von der sozialen Struktur des Bezirkes und seinen sonstigen Verhältnissen nicht die blasseste Ahnung hat. Die Fiktion des Obrigkeitsstaates besteht bei uns fünf Jahre nach dem Umsturze genau noch so, wie im alten Oesterreich. Die Bezirksverwaltungskommission soll ein autonomer Selbstverwaltungskörper sein, sie darf aber weder den Arbeitslosen Hilfe bringen, noch darf sie auf ihre Autonomie pochen. Da kommt irgendein Beamter daher, der fünf Jahre total verschlafen hat und maßt sich an, die Bezirksverwaltungskommission anzuschnauzen und ihr Verbote zu erteilen.

Daß über diesen Fall im Abgeordnetenhause noch gesprochen werden muß, erscheint wohl als eine sehr dringende Notwendigkeit. Zu verbieten, daß Arbeitslose unterstützt werden, ist nackte Willkür, die zur Zeit des absoluten Königtums möglich war, heute aber nicht mehr vorkommen darf, wenn die Tschechoslowakei noch Anspruch darauf erhebt, ein demokratischer Staat zu sein. Da dekretiere man doch auch das Ministerium für soziale Fürsorge hinweg, Zweck hat es dann keinen mehr, wenn solche Willkür Arbeitslosen gegenüber geduldet wird.

Verbreitet die Arbeiterpresse.

Inland.

Der Kampf um den Mieterschutz.

Mieterschutzenquete: Stürmische Auseinandersetzungen zwischen Hausherren und Mietern.

Mittwoch den 12. März fand im Sitzungssaale des Handelsministeriums in Prag-Kleinseite die von uns bereits angekündigte, vom Ministerium für soziale Fürsorge einberufene Enquete statt, in der die Verlängerung des bestehenden, am 30. April ablaufenden Mieterschutzgesetzes zur Beratung stand. Die Enquete war sehr stark besucht, die großen wirtschaftlichen Organisationen fast vollzählig vertreten. Für die Zentralgewerkschaftskommission des deutschen Gewerkschaftsbundes (Reichenberg) waren die Genossen Hausmann und Dr. Strauß erschienen.

Die Beratung wurde vom Sektionschef im Ministerium für soziale Fürsorge Kubišta eröffnet, den Vorsitz führte Abgeordneter Binovec. Sektionschef Kubišta schlug vor, die Beratung in drei Gruppen zu teilen. Dies geschah auch. Es wurden zunächst grundsätzliche Fragen (weitere Aufrechterhaltung oder Beseitigung des Mieterschutzes?), dann Fragen der Kündigung und drittens Fragen betreffend die Miete beraten. Während der Beratungen kam es, ähnlich wie im Vorjahre, zu sehr heftigen Auseinandersetzungen zwischen den Vertretern der Hausherren und denen der Mieter, wobei die Hausherren eine besondere Angriffslust an den Tag legten und jeden Redner, der die Mieterinteressen wahrnahm, fortwährend unterbrachen, ja sich sogar in die Obliegenheiten des Vorsitzenden einmischten, von dem sie verlangten, er solle die Vertreter der Mieter nicht so lange sprechen lassen! Die Vertreter der Mieter blieben den Hausherren nichts schuldig und legten dar, daß auf ihrer Seite das allgemeine Interesse sei, das gegen die Privatinteressen einiger weniger verteidigt werden müsse.

Zweifellos war auch die Argumentation der Mietervertreter denen der Hausherrenvertreter überlegen, und einer der Vertreter der Hausherren mußte sogar erklären, daß für gewisse Schichten der Bevölkerung die Aufrechterhaltung des Mieterschutzes notwendig sei. Für die Zentralgewerkschaftskommission sprach Genosse Hausmann, der die Argumente der Hausherren zerpflückte. Er erklärte, daß er die grundsätzliche Frage, ob die Aufhebung oder Einschränkung des Mieterschutzes möglich sei, mit aller Entschiedenheit und Leidenschaft verneinen müsse. Wer das nicht tue, der stellt Privatinteressen höher als die Notwendigkeiten der Gesamtbevölkerung. Wenn die Hausherren für die Wohnungen einen „angemessenen" Mietzins verlangen, so verstehen Mieter und Hausherren unter diesem angemessenen Zins etwas ganz verschiedenes. In der Praxis ist es trotz des Mieterschutzes bisher so gewesen, daß der Mieterschutz in vielen Häusern außer Kraft gesetzt wurde, weil sich der wirtschaftliche Stärkere über das Gesetz hinwegsetzen konnte. Deswegen sei ausreichender Schutz für die Mieter notwendig. Auf den Einwurf eines Hausherrenvertreters, daß das Mieterschutzgesetz in Italien aufgehoben sei, erwiderte Genosse Hausmann, er begreife sehr wohl, daß die Hausherren Zustände wie in Italien einführen möchten, schwerer zu begreifen sei es, wenn deutsche Hausherrenvertreter einen Mussolini verlangen, denn ein solcher würde die Minderheiten genau so unterdrücken, wie es der italienische Faseismus tut.

Zum Schlusse faßte der Vertreter des Ministeriums für soziale Fürsorge Kubišta die in der Enquete aufgeworfenen Probleme und ausgesprochenen Anregungen zusammen, ohne einen bestimmten Standpunkt zu vertreten. Die Entscheidung, wie das künftige Mieterschutzgesetz aussehen wird, wird naturgemäß in der Pětka fallen.

Ein kleiner Unfall in der Koalition.

Der landwirtschaftliche Ausschuß des Abgeordnetenhauses beschäftigte sich gestern vormittags unter Vorsitz des Abgeordneten Prokupek mit einem vom Senat bereits genehmigten Gesetzesantrag, der die Gemeinden verpflichtet, Zuchtvieh zu halten. Die Debatte drehte sich lediglich um den Paragraph drei der Vorlage, wobei der tschechischklerikale Abgeordnete Samalik und der tschechischagrarische Abgeordnete Bergmann Anträge stellten, welche eine Durchbrechung der Grundlinie des Gesetzes bedeuten. Insbesonders war es der Abgeordnete Bergmann, der sich dafür einsetzte, daß Großgrundbesitzer, welche in der Lage sind, eigene Zuchttiere zu halten, von den Bestimmungen des Gesetzes ausgenommen werden. Außer den Vertretern der tschechischen sozialistischen Parteien wendeten sich auch unsere Genossen Leibl, Schweichhardt und Hackenberg gegen die Bestrebungen, das Gesetz zu durchlöchern und zu Ungunsten der kleinen Landwirte zu verschlechtern. Bei der Abstimmung wurden die Anträge der Abgeordneten Samalik und Bergmann abgelehnt. Der Tschechischklerikale Samalik regte sich heftig darüber auf, daß die angeblich in der Koalition getroffenen Vereinbarungen nicht eingehalten werden. Der Vorsitzende schloß die Sitzung mit dem Bemerken, daß die Koalition neue Beratungen abhalten müsse.

Der Vorfall zeigt neuerlich, daß innerhalb der Koalition Unstimmigkeiten verschiedenster Art herrschen und daß Klassengegensätze mitunter die schönsten Vereinbarungen der Koalition über den Haufen werfen.

Immunitätsausschuß. In der gestrigen Sitzung des Immunitätsausschusses des Abgeordnetenhauses wurde eine ganze Reihe von Immunitätsfällen der Erledigung zugeführt. Unter anderem referierte der Landbündler Zierhut über das Auslieferungsbegehren gegen seinen Klubskollegen Hahnreich und beantragte dessen Nichtauslieferung. Hingegen wandte sich der tschechische Nationaldemokrat Dyk. In der Debatte sprach sich Genosse Hackenberg aus prinzipiellen Gründen gegen die Auslieferung aus, obwohl er namens unserer Partei erklärte, mit den reaktionären Tendenzen der beanständeten Ausführungen Hahnreichs nicht einverstanden zu sein. Es wurde mit sechs gegen fünf Stimmen die Auslieferung beschlossen und Dyk zum Berichterstatter für das Haus bestimmt. Bemerkt werden muß, daß der deutschbürgerliche Feierfeil fehlte, und die Majorität für die Auslieferung nur infolge dieser Absenz zustande kam.

Der Streit Soukup-Smeral, der sich aus der „Knopfaffäre" entwickelt hat, findet seine Fortsetzung. Dr. Soukup entgegnet im „Pravo Lidu" der Darstellung, die Dr. Smeral im „Rude Pravo" von der Knopfaffäre gegeben hat. Soukup sagt, daß die Anzeige bei der Polizei seiner eigenen Initiative entsprungen und übereilt gewesen sei. Mares habe sich in Unkenntnis des Sachverhaltes zu unvorsichtig benommen, außerdem sei die Verständigung aus der Schweiz gänzlich unerwartet gekommen. Der Glaube, daß es sich um einen romantisch konstruierten Trick der Prager Polizei handle, sei unter den obwaltenden Umständen mehr als berechtigt gewesen. Schließlich habe auch Dr. Smeral nicht unwesentlich beigetragen. Er habe, um die sozialdemokratische Partei vor Persekutionen zu schützen, alle einlaufenden Zeitungen, Briefe und Nachrichten aus der Fremde der Polizei übersendet und bekanntgegeben. So habe er auch begreiflicherweise, als Dr. Soukup seine Absicht, den Vorfall anzuzeigen, kundgab. Doktor Smeral habe nach der Verhaftung Dr. Soukups den Auftrag gegeben, daß Dr. Soukup nicht besucht werden dürfe und daß er im Falle einer Schuld aus der Partei ausgestoßen werden müsse. Daß Dr. Smeral wegen der Enthaftung eingeschritten sei, müsse zugegeben werden. Doch bezeichnet Soukup diese Bemühungen Smerals als ein Streben, mit den hohen Militärstellen in Berührung zu kommen, um die Aufmerksamkeit auf sie zu lenken und sich als verläßlich hinzustellen.

Die Lösung des Javorinastreites. Der Völkerbundrat diskutierte am Mittwoch die Festsetzung der Grenze zwischen Polen und der Tschechoslowakei in der Gegend von Javorina, worüber der spanische Delegierte Quinones de Leon Bericht erstattete. Skirmunt und Dr. Benes erklärten, daß sie mit dem Vorschlage der Kommission einverstanden seien. Hierauf beschloß der Rat, die von der Grenzbereinigungskommission festgesetzte Grenze anzuerkennen.

Ausland.

Zwei Kalifen und kein Kalifat.

Es war vorauszusehen, daß der Beschluß der türkischen Nationalversammlung auf Absetzung des Kalifen nicht ohne Folgewirkungen bleiben konnte. Inzwischen hat die Gegenbewegung, das Kalifat in einem anderen Lande wieder aufzurichten, von Hedschas aus eingesetzt. Der König dieses Landes Hussein, der mit England verbündet ist und seinerzeit mit englischer Hilfe die türkische Oberherrschaft abschüttelte, hat sich zum Kalifen über West-Arabien, Transjordanien und Mesopotamien ausrufen lassen. Diese Gebiete werden zum Teil von ihm, beziehungsweise seinen Söhnen, beherrscht. Sie sind aber sämtlich englisches Protektorat. Das neue Kalifat hat darum besondere Aussichten, weil die Heiligen Stätten des Islam: Mekka, Medschef und Kerbela alle in diesen Gebieten liegen, die jährlich von Hunderttausenden mohammedanischen Pilgern aus allen Ländern aufgesucht werden. Politisch geurteilt, zeigt sich jetzt, daß die Absetzung des Kalifen durch die Türken für die Politik Englands einen sehr großen Gewinn bedeutet. Die politische Ohnmacht des Islam ist vorläufig zweifellos besiegelt.

Der Kalif Abdul Medschid überreichte den Berichterstattern des Wolffschen Telegraphenbüros, der Havas- und der Reuteragentur eine Botschaft an die Muselmanen der Welt, in der gegen den Beschluß der türkischen Nationalversammlung, das Kalifat abzuschaffen, als unvereinbar mit dem Geiste des Islam und mit den Voraussetzungen, unter denen die Wahl der repräsentativen Versammlung durch die türkische Nation erfolgte, protestiert. Er betrachtet diese Maßnahme als null und nichtig. Es ist ausschließlich Sache der mohammedanischen Welt, über diese Lebensfrage zu entscheiden. Er lade daher die bevollmächtigten Führer und Vertreter der muselmanischen Gemeinden der ganzen Welt ein, ihm in kürzester Frist ihre konkreten Vorschläge für den Zusammentritt einer islamitischen religiösen Konferenz zukommen zu lassen, die er einzuberufen gedenke, um zur gegebenen Zeit gemeinsam, die für die Lage erforderlichen Beschlüsse zu fassen. Nach Ueberreichung der Botschaft durch den Kalifen wurden die Vertreter der drei Agenturen gebeten, ein Protokoll über die Entgegennahme zu unterzeichnen.

Alles schon dagewesen.

Die Korruption in Amerika.

Die amerikanischen Blätter veröffentlichen im Zusammenhang mit dem großen Oelskandal Enthüllungen über Korruptionsaffären, die sich während des Krieges unter der Präsidentschaft Wilsons zugetragen haben sollen, und behaupten, daß die Korruption in den Vereinigten Staaten damals Orgien gefeiert habe, so daß, mit diesen Affären verglichen, der Oelskandal ganz unbedeutend erscheine.

So seien während des Krieges für viereinhalb Millionen amerikanische Soldaten mehr als vierzig Millionen Paar Schuhe und beinahe 150 Millionen Brotbüchsen angeschafft worden. Für 391.000 Pferde und Maultiere wurden 945.000 Sättel, eine Million Doppelgeschirre, 1,143.000 Decken und ähnliches Zeug in großen Mengen gekauft, um gewisse Lieferanten zu bereichern.

Halali.

Von Henri Barbusse.

(Berechtigte Uebersetzung aus dem Französischen von Johannes Kunde.)

Ich saß auf der Bank dicht vor meinem Hause und ließ, bevor die Dämmerung hereinbrach, den Blick ein letztes Mal über mein kleines Besitztum schweifen: über den Hof zu meinen Füßen, die lebende Hecke zur Rechten, nach dem stets geöffneten Tor in der Mauer gegenüber.

Es führt auf einen Pfad, der sich am Waldrand hinzieht; vor meinem Auge breitete sich ein Gewirr von Laub und Zweigen aus, das im Gold des Herbstes wie von glostenden Sonnenstrahlen überflammt schien.

Friedlich klang der Tag aus. Ein zarter Lichtschimmer über meiner Hecke brachte jede feine Schattierung zu voller Geltung und teilte sich der einzelnen Blume, jedem einzelnen Blatt mit.

Da erschollen auf einmal Hornsignale: die Jagdgesellschaft der alten Marquise durchzog den Wald.

Und plötzlich tauchte eine riesige Silhouette mit seltsamen gezackten Umrissen an der Torschwelle auf und versperrte völlig den Zugang. Jetzt setzte der mächtige Körper im Sprunge über die Mauer, brach zusammen und schwankte der Hofmitte zu.

Ein Hirsch war es: der seit Stunden von den Gästen des Schlosses verfolgte . . . Er stand einen Moment still und erblickte nun auch mich. Deutlich erkannte ich, daß sein Fell von Schlamm und Schaum bespritzt war, die lechzende Zunge ihm herabhing; ich nahm die Qual der angstverstörten Lichter wahr und sah, wie sein Herz gleich einem Hammer gegen die Flanken schlug.

Abermals ein Sprung; er war hinter eine Mauernische geflüchtet und faßte wie zur Abwehr Posto; aber seine Kräfte waren erschöpft und, ohne sich mehr zu regen, stand er still und hilflos dort. Schrecklich umheulte jetzt die Meute das Haus. Sie drängte sich um das Tor zusammen und kläffte wie rasend gegen die Mauer.

In atemlosen Laufe stürmten Kinder von allen Seiten erregt herbei; immer mehr und mehr. Bald war die gesamte Bewohnerschaft des Ortes um uns geschart. Triumphierend wiesen sie auf den mit seinem Riesengeweih gekrönten Hirsch, den man wie den König eines wilden Stammes auf der Flucht eingeholt hatte.

Plötzlich wichen alle Zuschauer eilends zurück. Kavaliere und Amazonen waren auf der Bildfläche erschienen; ein toller Wirbel von Staubwolken und roten Röcken; Geklirr, Peitschenknallen, Aufblitzen der Hörner. All das lärmende Treiben hatte jetzt Halt gemacht und die Piköre nahmen ihre Plätze hinter der ungeordneten Kette der Hunde ein, um Halali zu blasen.

Und dieses verlassene, dieses seltsame Geschöpf, dem die Flucht in mein Besitztum zur Falle geworden war, rührte sich nicht von der Stelle. Ergeben wartete es auf den Frieden des Lebens oder jenen des Todes. Ich sah, wie die tobende Menge nach seinem Blute verlangte, und ich sah auch das Tier, in dem das Leben noch pulste, dessen Weichen zitterten und dessen Brust bebte — diese Brust, die das Endziel des tollen Festes war. Der Kavalier in roter Tracht hatte sich elastisch aus dem Sattel geschwungen.

Er zog mit langsamer Bewegung sein Jagdmesser aus der Scheide und man konnte erkennen, daß die Klinge damasziert war . . .

Die Hunde kläfften immerfort. Aber die Weidgesellschaft hatte zu sprechen aufgehört; regungslos standen sie da, keiner wollte sich etwas von dem Schauspiel entgehen lassen. Man hörte unterdrückte Schreie, in welche ich krampfartiges Lachen mischte.

Der Mann wünschte offenbar den Hof zu betreten; er wandte sich mit fragenden Kopfbewegungen an mich und schrie mir zu (er mußte das, um den Lärm der Hunde zu übertönen):

„Nicht wahr, mein Herr, Sie gestatten doch?"

Ich aber streckte den Arm aus, um ihm den Eintritt zu verwehren und schrie nun selbst:

„Nein; ich gestatte es nicht!"

Der andere blieb, aufs äußerste überrascht, wie angewurzelt stehen.

„Wie! Wie meinen Sie? Ich verstehe Sie nicht . . . Was hat er gesagt?" Er wandte sich an die Herankommenden.

„Er erlaubte nicht, daß wir eintreten!"

Diese Nachricht wurde mit Ausrufen der Befremdung aufgenommen; schrille Töne aus weiblichen Kehlen mischten sich darein.

„Der Dreiste!" stieß eine alte Dame entrüstet hervor.

Sie sagte ganz laut zu ihrem Begleiter:

„Bieten Sie ihm Geld an!"

„Man wird Sie entschädigen, guter Herr!"

Meine Brauen zogen sich finster zusammen; jener brachte aus dem vor Staunen weit geöffneten Munde kein Wort mehr hervor.

Nun begannen sie alle zugleich und fieberhaft auf mich einzureden; leidenschaftlicher Zorn blitzte aus ihren Augen.

Wie ein Pfahl war ich auf meiner Schwelle postiert und starrte in die Gesichter der Belagerer, in diese Gesichter, die mir ein seltsamer Zufall aus nächster Nähe, ohne jede Maske, zu sehen gestattete.

Alle zeigten den gleichen Ausdruck der Mordlust, welche das plötzliche eintretende Hindernis entfesselt hatte. Durch die Werte, die Vorwände, die Selbstbeherrschung konnte man sie auf allen Mienen lesen. Wenn sie sich — mit großer Mühe — soweit zügelten, daß sie sich nicht voller Haße und Groll auf mich warfen, so war das weniger in ihrem von mir verletzten Stolz, als in einem Gefühl maßloser Enttäuschung begründet.

Sie hatten dieses flüchtige Wild umstellt; jetzt, wo sie es erreicht, wollten sie es niederstoßen. Einer suchte mir das in abgerissenen Sätzen verständlich zu machen, wobei sein Blick wider Willen immer von neuem die Beute streifte, als wolle er sie nicht aus dem Auge lassen.

Ein Greis streckte seine krallenartig gekrümmte Hand gegen das verängstigte Opfer aus. Ein anderer, von noch grimmigeren Aussehen, betrachtete es mit unverhohlener Gier.

Und die Frauen waren noch ärger als die Männer. Das Schamgefühl dämmte ihre wahren Gedanken zurück; aber eine ungeheure Erregung hatte sich ihrer bemächtigt. Im Banne einer schimpflichen Erwartung standen sie an allen Gliedern zitternd da.

Eine darunter, ein sehr junges Mädchen, deren hinaufgebundener Zopf auf ihrem Rücken tanzte, hatte sich, unwillkürlichem Impulse fol-

Für eine Pulverfabrik in Nitro in Westvirginia, die kein einziges Pfund Pulver hergestellt hat, seien Baukosten in der Höhe von sechzig Millionen Dollar verausgabt worden; nach dem Kriege sei die ganze Fabrik samt beweglichem Eigentum auf zehn Millionen Dollar geschätzt und für etwas mehr als acht Millionen Dollar verkauft worden. Ebenso seien für den Bau einer Pulverfabrik in Nashville, in der gleichfalls kein Pulver erzeugt wurde, neunzig Millionen Dollar und für Nitratfabriken in einer Reihe anderer namentlich angeführter Städte 116 Millionen Dollar eingestellt worden, ohne daß diese Fabriken auch nur ein Pfund Nitrat geliefert hätten. Mehr als eine Million Dollar sei für den Bau von Luftschiffen ausgegeben, aber auch nicht ein einziges Kampfluftschiff dafür hergestellt worden. Beinahe zwölf Millionen Dollar habe man während des Krieges für die Herstellung von Geschützen in Rechnung gestellt; zur Zeit des Abschlusses des Waffenstillstandes befanden sich jedoch nur 183 tatsächlich in den Vereinigten Staaten gebaute Geschütze an der Front. Vier Milliarden Dollar habe man für den Bau von Schiffen verausgabt, die niemals zur Verwendung kamen.

Eine besondere Untersuchungskommission unter dem Vorsitz des Oberrichters Hughes habe die Untersuchung über diese Korruptionsaffären seinerzeit geführt und auf Grund des Beweismaterials die strafgerichtliche Verfolgung einer Reihe von Personen verlangt. Präsident Wilson habe jedoch die Untersuchung niedergeschlagen, so daß diese Korruptionsaffären aus der Kriegszeit bis heute noch keine Sühne gefunden haben.

Diese Angriffe auf das Andenken des toten Präsidenten Wilson erregen in der Oeffentlichkeit großes Aufsehen und werden als Abwehrmanöver der den Oelmagnaten ergebenen Presse aufgefaßt.

Die Galerie der Münchner Ehrenmänner.

Oberst Seißer als Kronzeuge gegen die Putschisten.

München, 12. März. (Eigenbericht.) Im Hitlerprozeß wurde heute der Kommandant der bayrischen Landespolizei Oberst von Seißer vernommen. Seine Aussagen deckten sich in der Hauptsache mit denen Kahrs und Lossows, denen seine Mitarbeit galt. Nur waren seine Aussagen schärfer anklagend gegen die des Hochverrates Angeklagten im jetzigen Prozeß. Er versicherte, infolge der ehrenwörtlichen Zusagen Hitlers und seiner Leute ahnungslos in die Falle des Bürgerbräukellers gegangen zu sein. In den Plänen Hitlers und Ludendorffs sieht er keine Rettung des deutschen Vaterlandes, sondern nur die völlige Zertrümmerung Deutschlands, zumal aus außenpolitischen Gründen.

*

München, 12. März. Im Gegensatz zur Vernehmung Lossows und Kahrs erweckte das Erscheinen des dritten Hauptzeugen, des Obersten Seißer, Chefs der bayrischen Landespolizei, viel weniger öffentliches Interesse, aber ganz mit Unrecht, denn die Art und Weise des Auftretens, wie überhaupt die ganze Persönlichkeit dieses Zeugen, zeigt, daß das Zeugnis Seißers nach dem Lossows, die Hauptstütze der Anklage ist.

Oberst Seißer begann seine Schilderung mit dem Zeitpunkt der Errichtung des Generalstaatskommissariates am 26. September. Er selbst erhielt damals das Polizeireferat und dadurch oblag ihm auch eine der wichtigsten Aufgaben, die sich Kahr zum Ziele gesteckt hatte: Aufrechterhaltung der Verbindung mit allen vaterländischen Organisationen zu dem Zwecke, alle auf einer gemeinsamen Plattform zu sammeln. Durch die Einstellung des Kampfbundes seit dem „Deutschen Tag" in Nürnberg war die Zusammenarbeit sehr erschwert, denn die Führer des Kampfbundes, insbesondere Hitler steigerten sich seit jener Zeit in einen immer größer werdenden Wahnsinn hinein und arbeiteten außerdem in ihrer Propaganda mit außergewöhnlich großen Geldmitteln. Während früher Hitler nur der Trommler der vaterländischen Bewegung sein wollte, war er jetzt auf einmal der Mann geworden, der sich einbildete, nur er allein sei imstande, die Geschicke Deutschlands zu leiten. Trotz dieses schärfen Gegensatzes zwischen dem Staatskommissariat und ihm versuchte Kahr die Kampfbundbewegung durch Entgegenkommen zum Einlenken zu bewegen. Im Auftrage Kahrs führte ich deshalb viele Besprechungen mit Hitler und seinen Freunden. In einer dieser Besprechungen gab mir der Führer des Bundes „Oberland", der jetzige Angeklagte Dr. Weber freiwillig die Versicherung, daß er bei einem Konflikte zwischen dem Kampfbunde und der bayrischen Regierung seine Pflicht der Regierung gegenüber jener gegen Hitler voranstellen werde. Das sagte derselbe Dr. Weber, der dieses Wort dann gebrochen hat und mir heute Treubruch vorwirft.

Eingehend widerlegt der Zeuge die Darstellung Hitlers und Webers über die Rollenverteilung in einer Sitzung vom 1. November. Seißer erklärte: „Ich habe mich niemals damit einverstanden erklärt, ich habe vielmehr stets im Sinne Kahrs die Bildung einer Reichsdiktatur Hitler-Ludendorff in München und deren gewaltsames Vortragen nach Norddeutschland für einen wahren Unsinn erklärt. Alles, was Hitler und Weber in dieser Richtung behaupten, ist unwahr, ebenso unwahr ist die Darstellung Webers über meine Reise nach Berlin am 2. November, wo ich den General von Seeckt besuchte, um ihn über die Verwendung des polizeilichen Grenzschutzes im Norden zu informieren.

Seisser führte weiter aus, daß er durch Zusicherungen Webers, Ludendorffs und Hitlers ahnungslos in die

hinterlistige Falle im Bürgerbräukeller

geraten sei. Dieser Ueberfall wurde damit begründet, daß er zur Rettung des Vaterlandes notwendig sei, die aber nichts anderes war, als die Zerstörung des Vaterlandes, Selbstmord. und nutzlose Opferung der Jugend.

Der Staatsanwalt beantragte für die weitere Vernehmung des Zeugen den Ausschluß der Oeffentlichkeit. Die Verteidiger ersuchten zwecks einer Besprechung mit ihren Mandanten um eine Pause. Gemäß ihrem Beschlusse, der Darstellung des Zeugen Seißer in bestimmten Punkten zu widersprechen, gaben auch die Angeklagten Weber, Pöhner, Hitler und Ludendorff solche Erklärungen ab. Im Namen der Gesamtverteidigung erklärte Rechtsanwalt Roder den größten Teil der tatsächlichen Behauptungen Seißers für unrichtig.

Die weitere Einvernahme Seißers erfolgte in geheimer Sitzung.

In der Nachmittagssitzung wurde die Fragenstellung an Kahr fortgesetzt. Besonderes Interesse erregte eine von der Verteidigung bekanntgegebene Rede des Baron Aufseß, der Kahrs Stellvertreter im Generalkommissariate war. In dieser Rede, die Aufseß am 20. Oktober 1923 in einer Studentenversammlung angeblich im Namen und Auftrage Kahrs hielt, heißt es: Heute abends 8 Uhr 30 haben wir den Bruch mit Berlin vollzogen. Gleichzeitig haben wir die Einigung mit Hitler und seinem Kampfbunde durchgeführt und jetzt geht es auf nach Berlin. Haltet Euch bereit, wenn in den nächsten Tagen der Ruf zu den Waffen ergeht! Kahr stellte den Auftrag an Aufseß in Abrede. Aufseß selbst habe die ihm in den Mund gelegte Rede als eine Fälschung bezeichnet.

Die Frage Hitlers an Kahr, ob das angestrebte Direktorium, das Kahr, Lossow und Seißer wünschten, vom Auslande gewisse Zusicherungen erhalten habe, wurde vom Vorsitzenden nicht zugelassen.

Auch die weitere Fragenstellung bezog sich auf dieses Direktorium. Kahr antwortete stets unbestimmt und ausweichend. Die Verteidiger wollen durch diese Fragenstellung den Nachweis führen, daß Kahr, Lossow und Seißer mit diesem Direktorium einen ebenso illegalen Staatsstreich begangen hätten, und zwar schon vor dem 8. November, wie er heute den Angeklagten zur Last gelegt wird. Zu diesem Zwecke wird die Fragenstellung auch morgen fortgesetzt und für später noch eine große Anzahl von Zeugen geladen.

Der bayrische Balkan.

Berlin, 12. März. Der „Vorwärts" schreibt zum Münchner Prozeß: Wenn dieser Kahr gemeinsam mit Lossow, dem meuternden General, vor Gericht als Zeuge auftritt, statt als Angeklagter, so ist das tatsächlich eine Erscheinung, die nicht nur die völkischen Angeklagten als Unrecht empfinden müssen. Aber eine andere Frage taucht immer wieder auf, die bisher in öffentlicher Sitzung nicht behandelt wurde: Wer hat die Kampfverbände der Hitler, Röhm und Weber besoldet und wer hat sie allen Entwaffnungsgesetzen zum Trotz so stark bewaffnet, daß sie eine dauernde Gefahr für die Sicherheit des Landes und des Reiches wurden? Der Prozeß enthüllt Bilder von balkanischen Zuständen. Die Komitatschiführer intrigieren miteinander und gegeneinander, gegen den Staat und das Reich. Die Tatsache, daß das Volksgericht in München und nicht der Staatsgerichtshof zu Leipzig über die Verbrecher aburteilen soll, bedeutet eine offene Fronde gegen das Reich.

Fraktionsbildung in Frankreich.

Paris, 12. März. In der Kammer hat sich eine Gruppe gebildet, die sich „Revisionistisch-republikanische Gruppe" nennt. Ihr Vorsitzender ist der Abgeordnete Bouteille. Bis jetzt haben sich ihr 87 Abgeordnete angeschlossen. Sie will für die Revision der Verfassung unter dem Motto „Wiederherstellung der Autorität der Republik" werben.

Bodenreform und Arbeitsplatz.

Das Problem der Bodenreform ist nach dem Kriege besonders aktuell geworden. Von einer gerechten sozialen Lösung dieser Frage hängt ungemein viel für die Völker und Staaten ab. Der Besitz an Boden ist ein Monopol. Die Beseitigung desselben und Ueberführung des Grundes und Bodens in den Besitz der Allgemeinheit ist die nun zu lösende Aufgabe Die Wichtigkeit dieses Problems kann man schon daraus erkennen, daß in den Verfassungen der einzelnen Staaten darauf Bezug genommen wird und dessen Lösung in Aussicht gestellt ist. Tatsächlich sehen wir ja auch, daß in vielen Staaten dieses Problem in Angriff genommen ist. Auch in unserem Staate ist die Bodenreform eine sehr wichtige Frage, an deren Lösung man arbeitet. Wir können nun beobachten, daß die herrschende Nation über alle daraus entstehenden Fragen selbstherrlich entscheidet. Nicht im Einvernehmen mit allen Bewohnern des Staates wird an die Vereinigung dieses Problems geschritten, sondern absichtlich wird ein beträchtlicher Teil der Staatsbürger einfach vor fertige Tatsachen gestellt. Wenn nun dieser Teil der Staatsbürger nicht blindlings zu allem Ja und Amen sagt, wird sein Verhalten als illoyal hingestellt. Man kann schon daraus schließen, daß die Bodenreformfrage nicht von rein wirtschaftlichen, sondern von nationalistischen Gesichtspunkten behandelt wird. Daß unter solchen Umständen von einer gerechten Lösung dieser überaus wichtigen Frage nicht gesprochen werden kann, ist klar. Durch die tschechische Bodenreform erfolgt in vielen Fällen nur die Auswechselung des Besitzers. Diese neuen Besitzer haben aber gleichzeitig die Aufgabe, dafür zu sorgen, daß ins gemischtsprachige Gebiet eine entsprechende Anzahl tschechischer Arbeiter kommen. Die Folge davon ist und wird sein, daß deutsche Arbeiter durch diese Bodenreform brotlos werden.

Wenn es richtig ist, daß die Regierung ein Kolonisierungsgesetz ausarbeitet, um die Kolonisierung im „verdeutschten Gebiet" durchführen zu können und dafür eine halbe Milliarde Kronen zur Verfügung stellt, so kann man sich für die nächste Zeit auf so manches gefaßt machen. Eine solche Art der Durchführung der Bodenreform wird schwerlich das Verhältnis zwischen den Nationen verbessern. Und doch wäre das bessere Zusammenleben wichtiger als alle anderen strategischen Gründe, die bei der Bodenreformfrage in Berechnung gestellt wurden. Daß mit Hilfe der Bodenreform die Tschechisierung gefördert werden soll, leugnen ja die Tschechen selbst nicht. Der Präsident des Bodenamtes hat zugegeben, daß die größeren Gutskomplexe und Restgüter in die Hände jener gegeben werden, die die neuen „tschechischen Landedelleute" bilden sollen. Auch das vertrauliche Rundschreiben der „Narodni jednota severočeska" beweist dies deutlich. Ueberall sind die Vereinigungen der Tschechen dabei, die Bodenreform in ihrem Sinne zu beeinflussen. Daß deutsche Bodenbewerber ins Hintertreffen kommen, ist so klar, daß es eines besonderen Beweises dafür nicht erst bedarf. Es wird aber Sache aller beteiligten Faktoren sein müssen, darauf zu achten, daß kein Unfug mit einer so wichtigen Sache getrieben wird.

Für die auf den Großbetrieben beschäftigten Arbeiter und Angestellten ist diese Frage besonders wichtig, handelt es sich doch um ihren Arbeitsplatz. Durch die Parzellierung sind und werden noch viele Arbeitnehmer einem ungewissen Schicksal ausgeliefert. Wohl ist es richtig, daß für die Arbeitnehmer eine gewisse Versorgung vorgesehen ist. Aber diese Versorgung ist ein völlig ungenügender Schutz. Der infolge der Bodenreform um seinen Arbeitsplatz kommende Bedienstete kann durch Zuteilung von Liegenschaften, durch Beschaffung einer anderweitigen Beschäftigung, durch Geldentschädigung oder durch Alters- oder Invaliditätsversorgung entschädigt werden. Wie nun amtlich mitgeteilt wurde, sind bis Ende Jänner auf den vom Bodenamte in den Jahren 1922 und 1923 übernommenen und zugeteilten Objekten bisher 13.018 Angestellte, die ihren Arbeitsplatz verloren haben, versorgt worden. In dieser Zahl sind inbegriffen 257 Beamte, 1112 Angestellte, 5.284 Deputatisten und 6.465 Arbeiter. Durch Zuteilung von Boden wurden im Jahre 1923 fast ein Viertel aller Angestellten versorgt, die im ganzen 5.089 Hektar Boden erhielten. Es wurde aber nicht mitgeteilt, wieviele Bedienstete völlig unversorgt blieben, da sie keinen Anspruch auf Versorgung hatten. Das zu veröffentlichen wäre ebenfalls wichtig. Schaut man aber näher hin, so sieht man, daß die Versorgung der Bediensteten nicht so besonders glänzend ist. An Restgüter wurden 2.923 Hektar Bediensteten zugewiesen. Den übrigen Bediensteten, die mit Boden versorgt wurden, wurden die restlichen 2.166 Hektar überwiesen. Es entfällt auf einen Bediensteten ungefähr 1.4 Hektar Boden. Daß da von einer vollständigen Sicherstellung der Existenz nicht die Rede sein kann, steht fest. Der so dem Arbeiter zufallende Besitz ernährt seine Familie nicht, er muß auch weiterhin Lohnarbeit verrichten. Nur als Nebenbeschäftigung kann er seinen Boden bearbeiten. Nach Angaben des Präsidenten des Bodenamtes Bischkovsky sind 38.1 Prozent der Arbeitnehmer mit einer Geldsumme abgefertigt worden. Die Abfertigungssumme ist keine übermäßig hohe. Was ist das, wenn ein Deputatist 4554 K, oder ein Arbeiter 3343 K durchschnittlich erhält? Er wird nur in den seltensten Fällen imstande sein, sich damit eine neue Existenz gründen zu können. Im Jahre 1922 wurden 35.7 Prozent, im Jahre 1923 38.1 Prozent der Bediensteten durch eine Geldabfertigung entschädigt. Wir sehen also, daß ein beträchtlicher Teil der Beschäftigten nur eine Geldentschädigung erhielten. Ob aber alle jene Bediensteten, die eine Geldabfertigung erhielten, auch bald eine neue Beschäftigung fanden, ist eine andere Frage. Bei der noch immer herrschenden Krise ist es nicht so leicht, einen neuen Arbeitsplatz zu finden. Wird in den gemischtsprachigen Gebieten nach dem geplanten Kolonisierungsgesetz vorgegangen, so wird der deutsche Arbeiter kaum durch Boden entschädigt werden. Er wird also, trotz der Geldentschädigung, arbeitslos sein.

Daß die Großgrundbesitzer gegen die Bodenreform sind, nimmt uns nicht wunder. Sie sind auch bemüht, die Arbeiter dafür zu gewinnen, daß sie sich ebenfalls gegen die Bodenreform wenden. Dazu besteht aber kein Anlaß. Nicht gegen die Reform als solche, sondern nur gegen die Art der Durchführung der hiesigen Bodenreform haben wir Bedenken. Eine Reform, bei der die Interessen der Allgemeinheit berücksichtigt werden, wird auch von uns unterstützt. Da eine Aenderung der Durchführung der Reform nur schwer zu erreichen ist, müssen wir darauf hinarbeiten, daß die Bodenreform so gelöst wird, daß die Interessen der Arbeitnehmer geschützt bleiben. Unsere Sorge gilt, wie schon gesagt, darum, den Arbeitnehmern ihren Arbeitsplatz zu sichern. Daß die Kleinbauern und Häusler wirtschaftlich gestärkt werden, anerkennen wir, weil wir wünschen, daß diese Schichte zu freien Menschen auf freiem Grunde wird. Ansonsten aber müssen wir verlangen, daß der enteignete Großgrundbesitz zum Zwecke der genossenschaftlichen Bewirtschaftung an Zweckverbände überwiesen wird. Solche Zweckverbände könnten durch Selbstverwaltungskörperschaften gebildet werden. Dadurch wird erreicht, daß den Arbeitern und Angestellten der Arbeitsplatz gesichert bleibt und die Erträgnisse des Betriebes für gemeinnützige Zwecke verwendet werden. Es wird aber auch möglich werden, die Rentabilität der Landwirtschaft durch Anwendung aller bisher erprobten Neuerungen zu steigern. Auch die Lebensexistenz der Beschäftigten kann auf eine bessere Grundlage gestellt werden. Daß die Vorteile nicht gleich zur Geltung kommen, sondern erst zu einer bestimmten Zeit, ist wohl selbstverständlich. Für die erste Zeit wird wohl manches Opfer gebracht werden müssen, um die Verbesserung der Betriebsweise und die Steigerung des Ertrages zu erzielen. Diese Opfer werden sich reichlich bezahlt machen. Wir haben solche Gedankengänge schon wiederholt dargelegt, aber man ist auf Seite der Tschechen erhaben und lehnt alle Ratschläge ohne ernstliche Prüfung ab, da sie eben von Deutschen kommen. Es ist immerhin notwendig, auf die sich nun entwickelnden Dinge hinzuweisen, damit die verantwortlichen Kreise erkennen, wohin die Reise geht. Aus einem Problem, das für alle wichtig ist und eine Wohltat sein könnte, wird für viele Tausende eine Qual. Wir verlangen, daß den Arbeitnehmern der Arbeitsplatz gesichert bleibe. Die Entschädigungsgesetze müssen so abgeändert werden, daß sie tatsächlich die Existenz der Arbeiter und Angestellten in aller Zukunft sicherstellen. Würde eine Revision der Bodenreformgesetze in der Weise erfolgen, wie es von uns am Teischner Parteitag gefordert wurde, so wäre es möglich, daß durch die Bodenreform tatsächlich ein Werk vollbracht würde, das für die Allgemeinheit von Nutzen und auch für den Staat ein Vorteil wäre.

---

gend, in die erste Reihe gestellt und richtete ihre wunderbaren Augen auf mich:

„Ich bitte Sie sehr, mein Herr," sagte sie, ihre Hände faltend.

Angesichts dieser in so fassungslosen Taumel geratenen Gruppen hatte das Geheul der Meute etwas wirklich Unschuldiges: hegten doch die Hunde in ihrem sklavischen Gehorsam nur den Haß ihrer Gebieter gegen das Wild.

Und die Bauern hielten sich nun auch mehr abseits. Es kam mir so vor, als entfernten sie sich von den andern, als begriffen sie dunkel, daß die Jagd im Grunde etwas anderes ist als man glaubt.

Eine Arbeiterfrau, welche ihr Kind auf dem Arme trug, lief hastig davon, als wenn sie jählings Furcht vor einer Ansteckung ergriffe . . . Der Metzger des Dorfes, mit der von seiner Hantierung noch blutigen Schürze, sah mit gekreuzten Armen zu und man erkannte aus dem finsteren Gesicht des Werktagsmannes einen Ausdruck des Zornes, der Geringschätzung.

Indes nahmen die drohenden Reden an Heftigkeit zu.

Ich fühlte, daß wir alle beide überwunden werden mußten, daß ich das gehetzte Geschöpf nicht länger verteidigen konnte: die Begierde, es zu ermorden war allmächtig.

Meine Augen richteten sich auf dieses herrliche, nicht einmal verwundete Tier und süße Träume jagten in wirrer Hast durch mein Hirn . . . die wenigen Augenblicke Leben, die ich ihm bis jetzt erhalten, schienen mir kostbar und schön. Und während ich die blutdürstigen Rufe rings um mich vernahm, begriff ich, bis zu welchem Grade Mensch und Tier, die im Leben von so wunderbarer Verschiedenheit sind, im Sterben sich ähneln, und wie alle Geschöpfe, wenn es zum Scheiden geht, etwas geschwisterlich Verwandtes haben.

Da ballte ich die Fäuste und stieß hervor:

„Ich will es nicht! Gehen Sie!"

Aber die Menge drängte, zu allem bereit, gegen mich an.

„Es muß sein!" keuchte eine Stimme.

„Tod ihm . . . Tod ihm!" schrien andere.

Eine kleine Hand fiel plötzlich durch heftige Bewegungen auf.

„Ich habe es heraus. Man kann ihn von hier mit meinem Karabiner töten!" . . .

„Wahrlich! . . . Das ist eine gute Idee!"

„Ich will's tun!"

„Nein, ich!"

Ein junger stattlicher Mann bewaffnete sich mit dem Stutzen und maß mit dem Auge die Entfernung. Ich bekam jedoch den Lauf der Waffe zu fassen und entriß sie seinen Händen.

„Lümmel!" hörte ich ihn kreischen.

In diesem Moment geschah es, daß von überall her der Ansturm erfolgte . . . und alle eindrangen.

Vom Boden emporgehoben, gestoßen, zurückgeworfen, versuchte ich dennoch zu Worte zu kommen.

„Hinaus! Ich dulde es nicht!"

Aber in ihrem zügellosen Jubel hörten sie auf nichts mehr, stürzten auf das Tier, in dessen Augen sich ein tiefer, stiller Friede spiegelte, vergleichbar dem Frieden der Natur oder dem des Reiches . . .

Da fühlte ich, daß ich mich vor das verurteilte Geschöpf werfen, den Karabiner anlegen und auf diese Meute von Männern und Weibern schießen mußte . . . und daß ich recht hatte!

Devisenkurse.

Prager Kurse am 12. März.

	Geld	Ware
100 holl. Gulden . . .	1310·50	1316.50
1 Billion Mark . .	7.90·00	8.10·00
100 belg. Franks . . .	122·25·00	123·75·00
100 schweiz. Frank . .	611.00·00	614.00·00
1 Pfund Sterling . .	150.55·00	151.95·00
100 Lire	149·75·00	151.25·00
1 Dollar	35.10·00	35.40·00
100 franz. Franks . .	140 25·00	141.75·00
100 Dinar	43.82·50	44.32·50
100·00 magyar. Kronen	4.87 50	5.37 50
1,000.000 poln. Mark .	3.35 00	4.15.50
10.000 österr. Kronen .	4.92·00	5.12·00

Die tschechische Krone notiert in:

New York	100 Kč	. . . . .	Dollar 2.90·25
Zürich	100 „	. . . . .	Schweiz. Frank 16.73.75
Berlin	1 „	. . . . .	Mark 122.500,000.000·00
Wien	1 „	. . . . .	österr. Kronen 2.058.00

Tages-Neuigkeiten.

Verkehrt.

Wenn es irgendwo im Buche
Der Natur geschrieben stünde,
Daß, wer schufte und sich schinde,
Nagen soll am Hungertuche,

Nur damit ein andrer blühend
Durch des Lebens Feste tanzen
Könne und sich seinen Ranzen
Fülle, keinen Muskel mühend.

Wäre das naturnotwendig,
Dann, ihr obersten Fünfhundert,
Könntet ihr, mit Recht verwundert,
Wettern: „Streiken! Wie elendig!"

Aber es steht doch geschrieben:
Nur wer arbeitet, soll essen
Und wer Wein will, der muß pressen!
Leerer Tisch den Tagedieben!

Wär es also, feiste Herren,
Eigentlich nicht selbstverständlich,
Statt der Arbeitsbienen endlich
Euch, die Drohnen, „auszusperren"!?

Panholzer.

Kampf dem Indifferentismus!

Ich gehe durch ein Bergarbeiterdorf. Es ist noch zeitlich am Morgen. Es ist eisig kalt. Ein Sprühregen durchnäßt alle Kleider. Die Straßen sind menschenleer. Vor mir schreitet ein Arbeiterweib. Ihre Füße stecken in zerrissenem Schuhwerk. Armselig und dürftig ist ihre Kleidung. In ein großes Tuch hat sie ihr Kind eingeschlagen. Ich grüße die Frau und beginne ein Gespräch mit ihr. Und sie erzählt: „Ich mußte die Zeitung holen. Wenn mein Mann die Zeitung nicht gleich früh kriegt, so ist's mit ihm nicht auszuhalten." Ich warf ein, daß in diesem Wetter es doch besser wäre, wenn sie mit dem Kinde zuhause geblieben wäre. Sie sagte darauf, daß das ihrem Mann gleichgültig ist, er muß die Zeitung haben. Ich fragte nun, welche Zeitung er so gerne liest. Da sagte das Weib mit dem wimmernden Kind: „Mein Mann liest nur die „Morgenpost". Und dabei ist dieser Mann ein Bergarbeiter! Er sucht seine Belehrung über die Zeitereignisse in einer bürgerlichen Zeitung.

•

Ein anderes Bild: Versammlung in einem Gasthause. Viele Menschen sind da beisammen. Der Redner legt in eindringlichen Worten dar, wie notwendig die Einigkeit der Arbeiter ist und daß es ihre Aufgabe sei, die Presse der Arbeiter zu unterstützen. Beifall belohnt seine Worte. Nach ihm sprechen die Männer aus den Betrieben und alle sind einig, daß sie ihre Zeitung, die Zeitung des Arbeiters, unterstützen müssen. Das war am Vormittag. Zu Mittag kommen die bürgerlichen Zeitungen mit dem Boten in den Ort. Der Bote läßt auf sich warten. Da sind nun viele Arbeitergestalten zu sehen. Die dürftig Bekleideten warten, bis der Zeitungsbote mit der bürgerlichen Zeitung kommt. Ja, sie schikken sogar ihre Kinder nachhaus, damit sie ihnen den Ueberrock holen, weil ihnen zu kalt ist, wenn sie auf der Straße auf „ihre" Zeitung warten müssen. Auf der anderen Seite der Straße geht ein Arbeiter von Haus zu Haus und kolportiert die Arbeiterzeitung. Er wirbt um Leser für das Blatt. Doch Viele lehnen ab. Sie stellen sich lieber an, um das bürgerliche Blatt zu kaufen, das sie tagtäglich verspottet und in ihren Interessen bedroht.

•

Was lehren uns diese Bilder? Daß der Indifferentismus unter den Arbeitern beseitigt werden muß. Es gilt überall Aufklärung zu verbreiten. Wir dürfen nicht ruhen und nicht rasten, bis wir nicht alle Arbeiter überzeugt haben, daß die bürgerliche Presse für ihren Befreiungskampf ein großes Hindernis darstellt. Die Arbeiter, die täglich von der bürgerlichen Presse über den „Klassenkampf" belehrt werden, werden niemals imstande sein, ihren Klassenkampf zu führen. Alle jene, die mithelfen wollen, Aufklärung und Licht zu verbreiten, die werden sich in der Werbewoche vom 23. bis 30. März der Bewegung zur Verfügung stellen und werden für das Blatt des Arbeiters werben, eingedenk des alten Spruches:

„Der Feind, den wir am meisten hassen,
Das ist der Unverstand der Massen."

Ein Sittenbild aus der blaubblütigen Gesellschaft.

Die Geschichte eines Wiener Ehescandals.

Der fünfzigjährige Graf Egon Bubna-Littitz hatte, so lesen wir in der „Stunde", am 14. November 1921 in der Wiener griechisch-orientalischen Kirche die geschiedene Gräfin Maria Mercedes Gorcey geborene Latinowitz, geheiratet, die damals 35 Jahre alt war. Die Bekanntschaft war ganz kurz gewesen, noch kürzer aber sollte die Ehe dauern. Als das Paar von der Hochzeitsreise, die es nur wenige Tage genossen hatte, zurückgekehrt war, bezog Egon Bubna wieder seine Junggesellenwohnung, wo ihn seine bisherige Freundin schon erwartete. Mit ihr lebte er fortan und kümmerte sich um seine Frau nicht mehr. Beide Gatten brachten das Ansuchen auf einverständliche Scheidung der Ehe vor, das vom Bezirksgerichte Fünfhaus auch ohneweiters bewilligt wurde. Ein Jahr später suchten beide um die Trennung der Ehe an, worüber nun beim Landesgericht für Zivilsachen in einer interessanten Verhandlung entschieden wurde.

Der Graf, der in Venedig geboren ist und einem bekannten böhmisch-mährischen Adelsgeschlechte angehört, scheint gegenwärtig in schlechten Verhältnissen zu leben. Er gibt an, nie in seinem Leben einen Beruf gehabt zu haben. Er war bereits einmal verheiratet, doch ist diese Ehe geschieden worden. Seine zweite Gattin hat er durch den Grafen Hardegg kennen gelernt und sie nur deshalb nach ganz kurzer Bekanntschaft geheiratet, weil er aus Aeußerungen von ihr nahestehenden Personen geschlossen habe, daß sie vermögend sei und großen Grundbesitz habe.

Er selbst konnte nie daran denken, eine Frau zu erhalten. Kurze Zeit nach der Eheschließung habe er aber erkannt, daß seine Frau kein nennenswertes Vermögen habe und überdies nahm er zu seiner Ueberraschung wahr, daß sie hochschwanger sei. **Allerdings hätte er sich über diese Umstände hinweggesetzt, wenn wenigstens seine materiellen Hoffnungen erfüllt gewesen wären.** Seine Gattin habe bereits drei Monate nach der Eheschließung, zu einer Zeit also, in der er sie schon längst verlassen hatte, ein Mädchen zur Welt gebracht, dessen eheliche Geburt er sofort bestritt.

Ueber diesen Fall ist bereits seinerzeit ein außerordentliches Arrangement getroffen worden. Der Graf bemerkt schließlich, **daß er das Kind ohneweiters legimitiert hätte, wenn nicht die Enttäuschung über die Vermögenslosigkeit seiner Frau in ihm eine solch unüberwindliche Abneigung gegen sie hervorgerufen hätte, daß er mit ihr nicht weiterleben konnte.**

Die Gräfin bestätigt im wesentlichen die Aussage ihres Mannes, nur legt sie Wert auf die Feststellung, daß sie ihm keinen Anlaß gegeben habe, sich überschwenglichen Erwartungen über ein großes Vermögen hinzugeben. Ihr Mann habe immer wieder Geld verlangt und, da sie ihm dieses nicht geben konnte, sei es zu schweren Zerwürfnissen gekommen, zu Kränkungen und Vorwürfen schlimmster Art, die schließlich dazu führten, daß der gemeinsame Haushalt aufgelöst wurde. Sie gibt ohneweiters zu, daß sie schon vor Abschluß der Ehe schwanger war, woran ihr Mann ganz unbeteiligt gewesen sei.

Der Gerichtshof erkannte schließlich, daß die Ehe aus beiderseitigem Verschulden getrennt werde, und zwar liege das Verschulden des Gatten im Ehebruch (Fortsetzung des Verhältnisses mit seiner früheren Freundin) und bei der Gattin in der eingestandenen Schwangerschaft, von der sie ihrem Bräutigam hätte Mitteilung machen müssen.

Ein begrüßenswerter Beschluß der Stadtgemeinde Franzensbad. Aus Franzensbad wird uns geschrieben: Seit dem Jahre 1914 ist die Anzahl der Anfragen bei der Kurverwaltung wegen Kuraufenthaltes, nicht so zahlreich wie im heurigen Jahre. Besonders groß ist die Zahl der Anfragen aus den Nachfolgestaaten. Unter diesen Nachfragen ist eine große Zahl, aus deren Inhalt man ersehen kann, daß der Grund derselben nicht allein die dringende Notwendigkeit einer Kur in Franzensbad ist, sondern die Frage, ob die Mittel hiezu auch aufgebracht werden können. Diesen Umständen Rechnung tragend, hat die Stadtgemeinde für die Zeit vom 15. April bis 31. Mai 1924 für jedermann die Bäderpreise, ebenso die Kurtaxe fast zur Hälfte ermäßigt, so daß es auch den Minderbemittelten und den Bewohnern von Ländern mit schwacher Valuta möglich ist, im heurigen Jahre der Wohltaten der Heilmittel von Franzensbad teilhaftig zu werden. Außerdem sendet die Kurverwaltung Franzensbad über Verlangen, kostenlos, eine von hervorragenden Aerzten Franzensbads verfaßte Broschüre über die großen Erfolge einer Franzensbader Kur bei Herzkrankheiten, Frauenleiden, Kinderlosigkeit, Bluterkrankungen, Gicht, Rheumatismus usw. Wenn nun der Wettergott im April und Mai ein ebensolches Einsehen haben wird, wie die Stadtvertretung, dann dürfte heuer Franzensbad die stärkste Saison seit dem Kriege haben.

Teuere Offiziersäbel. Der „28. Kijen" meldet: Die Firma O. Moskobovnik kaufte Säbel nach der Vorschrift des Ministeriums für nationale Verteidigung und wollte sie vereinbarungsgemäß zu 130 K an die Offiziere verkaufen. Aber das Ministerium überließ dem Schöpfer des Ornamentenentwurfes für den Säbelkorb, einem aktiven Offizier, das Autorenrecht. Dieser verkaufte seinen Entwurf einer Firma in der Slowakei, welche nun von der Firma O. Moskobovnik für die Ueberlassung jedes Korbdessins 60 K verlangt, so daß diese Firma gezwungen ist, den Preis für einen Säbel auf 190 K zu erhöhen.

Ball bei Smeral. Im „Rude Pravo", dem Zentralorgan der kommunistischen Partei, findet sich folgende Anzeige:

„Der freitägige **Ball der kommunistischen Partei, der vom Vollzugsausschuß** des ersten Kreises im großen Lucernasaal veranstaltet wird, verspricht das **Stelldichein unserer Parteiöffentlichkeit** nicht nur Groß-Prags, sondern auch der breiten Umgebung zu werden. Die Besucher werden es sicher begrüßen, daß auch der **erprobte „Ballreferent" des „Rude Pravo"**, Genosse Karl Vaněk, erscheinen wird. Die Vertrauensleute und Zehnerleute fordern wir auf, für regen Besuch zu agitieren. Wir hoffen, daß wir bei unserem Ball in geselliger Unterhaltung mit allen Freunden unserer Bewegung zusammenfinden."

Ein Ball, vom Vollzugsausschuß einberufen, ist für die Kommunisten das „Stelldichein" ihrer Parteiöffentlichkeit! Die „Zehnerleute" sollen sich in den Dienst der Revolution stellen und für dieses erstklassige gesellschaftliche Ereignis der Prager Kommunisten agitieren. Herr Redakteur Vaněk vom Zentralorgan „Rude Pravo", der „erprobte Ballreferent", hat sein höchstpersönliches Erscheinen bestimmt zugesagt. Auf! Auf die Barrikaden des Lucernasaales, Kommunisten von Groß-Prag und Umgebung! Arbeiter, erscheinet in Massen! Es lebe der Kommunismus, es lebe der Proletkult!

Opfer des Sanitätsdienstes. Die gefährlichste Krankheit für das Personal des öffentlichen Sanitätsdienstes ist der Flecktyphus, durch den in der Republik seit dem Umsturze im öffentlichen Sanitätsdienste 45 Personen erkrankten, darunter 20 Aerzte, 16 Pflegerinnen, sechs Desinfektoren und drei andere Krankenangestellte. Von den an Flecktyphus Erkrankten starben 16 Personen, davon zehn Aerzte, zwei Pflegerinnen, zwei Desinfektoren und zwei andere Krankenangestellte.

Am 23. und 30. März muß die Parole sein:

Hinaus mit der kapitalistischen Presse aus der Arbeiterwohnung!

In der Elbe ertrunken. Aus Hermanitz (Bezirk Königinhof) wird gemeldet: Als die betagte Mutter des Gastwirtes Bartmann mit Wäsche zum Elbeufer ging, stürzte die Greisin in die Elbe und konnte nurmehr als Leiche herausgezogen werden. Ob das Unglück infolge plötzlich eingetretener Schwäche oder infolge Fehltrittes geschehen ist, konnte bisher nicht ermittelt werden.

Durch einen Hufschlag getötet. Der 52jährige Landwirt Joh. Reitmeier aus Korryto (Pilsen) erhielt im Stalle von einem Pferde einen so heftigen Hufschlag ins Gesicht, daß er an die Wand geschleudert wurde und eine Verletzung des Rückenmarks erlitt, der er sofort erlag.

Selbstmord oder Unfall? Auf der Eisenbahnstrecke Prag—Dobkisch, etwa 300 Schritte vom Tunnel entfernt, wurde nach 6 Uhr früh die Leiche eines 33jährigen studierenden Technikers Krivosejenek aus Michle aufgefunden, der von irgendeinem Frühzug überfahren wurde. Der Kopf war vom Rumpf völlig abgetrennt und lag etwa 15 Schritte hievon entfernt. Auch der Rumpf war stark beschädigt. Ob es sich um einen unglücklichen Zufall oder um Selbstmord handelt, konnte nicht festgestellt werden.

Ein Fahrrad mit einem Automobil zusammengestoßen. Ueber den Prager Wenzelsplatz fuhr gestern mittags der Angestellte Karl Nachtmann aus Zizkow am Fahrrad und stieß mit einem Lastautomobil zusammen, wobei er vom Fahrrade gestoßen wurde und auf die Erde fiel. Das stark beschädigtee Fahrrad war zur weiteren Fahrt unfähig. Nachtmann klagte über heftige Schmerzen.

Explosionen im Oppauer Chemischen Werk. Im Oppauer Werk der Badischen Anilin- und Sodafabrik explodierte heute Vormittag ein Gasgenerator. Ueber die Ursache läßt sich noch nichts Genaues feststellen. Da die Ausgesperrten die Notstandsarbeiter aus dem Werk vertrieben haben, läuft der Betrieb unter automatischer Feuerung weiter. Durch die Wucht der Explosion wurden Sprengstücke Hunderte von Metern weit geschleudert. Ein deutscher Gendarm wurde verletzt. Der Sachschade ist recht erheblich.

Mordorganisation Roßbach. Vor dem Staatsgerichtshof in Leipzig begann gestern die Verhandlung gegen die landwirtschaftlichen Arbeiter Hoeß, Zabel, Pfeiffer Wismeyer und den Kaufmann Jurisch wegen Ermordung des landwirtschaftlichen Arbeiters Kadow. Wegen Beihilfe und Begünstigung sind noch andere mitangeklagt, so der Leutnant a. D. Thomson, der Landwirt Mackensen sowie ein Gutssekretär und ein Kaufmann. Die Angeklagten gehören fast sämtlich der Organisation Roßbach an. Kadow, der unter dem Verdachte stand, ein kommunistischer Spitzel zu sein, war in einem Jungwald bei Parchim ermordet und verscharrt worden. Die Tat kam dadurch zur Kenntnis, daß der Angeklagte Jurisch dem „Vorwärts" den ganzen Vorfall erzählte. Die Vernehmung der Angeklagten begann gestern mit der Vernehmung des Vorarbeiters Hoeß in Neuhof, der erzählte, daß Kadow, bei dem man ein Tagebuch über seine kommunistische Spitzeltätigkeit gefunden hatte, nach allgemeiner Ansicht verprügelt werden sollte. Alle Beschuldigten hätten auf ihn eingeschlagen und seien derart in Wut gewesen, daß sie die Folgen nicht bedacht hätten.

Die Pfaffen sollen sich nicht in die Politik einmengen. Der „Lokal-Anzeiger" berichtet aus Breslau, daß Kardinal-Fürstbischof Bertram den zur Diözese gehörenden Priestern das Halten von Reden politischen Inhaltes verboten hat.

Der Deutsche und der Internationale Erfinder-Schutzverband haben sich zusammengeschlossen und bilden beide unstreitig die größte Vereinigung von Erfindern der Welt. Die Geschäftsstelle befindet sich in München, Falkenstraße 15b. Zur Frankfurter Messe vom 6.—20. April wird die 20. große Ausstellung von Erfindungen und Neuheiten veranstaltet, die allen Erfindern der Welt günstige Gelegenheit bieten soll, ihre Schutzrechte zu verkaufen. Die Anmeldungen müßten sofort erfolgen, da andernfalls die ausgestellten Gegenstände nicht mehr in den Ausstellungskatalog aufgenommen werden können. Einschließlich Vertretung kostet die Ausstellung von je zwei Erfindungen sechs Dollars und jede weiteren zwei Erfindungen drei Dollars, bei Warenverkauf 50 Prozent Aufschlag. Erfinder ohne Besitz und ohne Vermögen und geringem Einkommen erhalten gegen behördliche Bescheinigung ihrer Bedürftigkeit Freiplätze gegen Portoersatz.

In Oesterreich kommt der „Pfeifendeckel" wieder. Zu den ruhmvollen Traditionen der k. u. k. Armee, die in Oesterreich Herr Vaugin wieder aufleben läßt, gehört, neben dem Radetzkymarsch, dem Salutieren und der Beteiligung an der Fronleichnamsprozession, der Offiziersdiener, der sogenannte „Pfeifendeckel", der den Herren Offizieren als Hausgehilfin und Kindermädchen dienen mußte. Ende Februar wurde nun in St. Pölten ein militärtechnischer Kurs abgehalten, an dem auch mehrere Offiziere von anderen Garnisonen teilnahmen. Diesen Offizieren wurden zehn bis fünfzehn „Offiziersdiener" beigestellt, die von ihren Kompagniekommandanten kommandiert waren. Ihre Aufgabe bestand darin, daß sie am frühen Morgen in den Hotelunterkünften der Offiziere gestellt sein mußten, um Schuhe und Kleider zum Putzen zu übernehmen.

Das Lemberger Bombenattentat. Wie die Lemberger Blätter melden, soll die Untersuchung in der Angelegenheit des gestrigen Bombenattentates gegen das Gebäude der Polizeidirektion ergeben haben, daß das Attentat das Werk von Kommunisten war.

Bestialische Roheit. In der rohesten Weise haben am 2. Dezember v. J. den Dienstknecht Adam Wagner der Schafhalter Adolf Meißler in Nördlingen (Bayern) und seine Gehilfen, der Schäfer Robert Kurz von Oberbrücken und der Dienstknecht Friedrich Eger von Deiningen zu Tode gemartert. Wagner war früher bei Meißler bedienstet und hatte sich am 2. Dezember in dessen Kuhstall versteckt, angeblich um zu stehlen. Unter Hieben erpreßte Meißler von Wagner das Geständnis, daß er ihm Wolle, Kartoffeln und Weizen gestohlen habe. Der Geschlagene flehte fortgesetzt um Gnade. Trotzdem schlugen die drei Rohlinge immer wieder auf ihn ein. Ein Stallbesen wurde an ihm zerschlagen und er wurde so zugerichtet, daß er bald darauf starb. Meißler wurde nun dieser Tage von der Strafkammer zu einem Jahr vier Monaten, Kurz und Eger zu je drei Monaten Gefängnis verurteilt.

Kannitverstan. Unter der Spitzmarke „Juristendeutsch" berichtet die „Bremer Volkszeitung": Es liegt uns ein „Strafbefehl" vor, den das Amtsgericht Rotenburg in Hannover ausfertigte und den ein Amtsgerichtsrat auch eigenhändig unterzeichnete. Dieses klare Gerichtsdokument verdient verewigt zu werden. Beweist es doch, wie die Gerichte nicht nur mit Angeklagten, sondern auch mit der deutschen Sprache umspringen, als sei sie eine Schwerverbrecherin! Das Schriftstück, aus dem wir alle Personenangaben weglassen, aber sonst kein Komma ändern und keinen orthographischen Fehler korrigieren, lautet:

„Auf den Antrag der Staatsanwaltschaft wird gegen Sie wegen der Beschuldigung, den Entschluß des Vergehens des Betruges zu begehen, durch Handlungen, welche einen Anfang der Ausführung des Betruges enthielten, betätigt zu haben, indem Sie in der Absicht, sich einen rechtswidrigen Vermögensvorteil zu verschaffen, das Vermögen der Frau . . . dadurch um 20 Milliarden beschädigten, daß, Sie durch die Vorspiegelung der falschen Tatsache Sie übergaben ihr 37½ Milliarden Mark und die Verschweigung der wahren Tatsache, daß es nur 17½ Milliarden Mark waren in der Frau . . . einen Irrtum zu erregen versuchten, Vergehen gegen § 263, 40 St. G. B. wofür als Beweismittel bezeichnet ist: Zeugnis der Frau . . . eine Geldstrafe von 21 G. M. (einundzwanzig Goldmark) und für den Fall, daß dieselbe nicht beigetrieben werden kann, eine Gefängnisstrafe von 1 (einem) Tage für je 3 Mk. festgesetzt."

Wer in dieses juristische Kauderwelsch Sinn hineinkriegt, verdient als Dolmetsch der deutschen Sprache beim Amtsgericht Rotenburg angestellt zu werden. Dafür wäre aber der Verfasser des Strafbefehls schleunigst abzubauen.

Der Papst in Zukunft kein Gefangener mehr im Vatikan. „Daily Expreß" will erfahren haben, daß der seit 1870 bestehende Streit zwischen dem Papst und der italienischen Regierung im Begriffe sei, geregelt zu werden, und daß der Papst in Zukunft nicht mehr als Gefangener im Vatikan betrachtet würde. Es sei ein Abkommen vorgesehen, demzufolge die italienische Regierung dem Vatikan den ganzen vatikanischen Hügel zurückerstatten würde. Ferner würde die Regierung auf ihre Kosten einen Palast und eine Reihe von Gebäuden für das Kardinalkollegium errichten. Die Unabhängigkeit des Papstes würde vom Völkerbunde garantiert werden.

Die neueste Tierquälerei: Straußenrennen. Ende Mai oder Anfang Juni soll, wie ein Wiener Blatt meldet, auf der Wiener Trabrennbahn hinter der Rotunde eine Wohltätigkeitsveranstaltung (!) abgehalten werden: ein Trabfahren und Rennreiten, bei denen der Vogel Strauß das Reit- und Zugtier abgeben wird. Aus Italien wird eine Herde von vierzig Straußen — die Vögel sind derzeit in Rom — nach Wien importiert, die von siebzehn Jockeis begleitet sein werden.

Prager Mustermesse. (Legitimationen und Eintrittskarten.) Zum Preise von 25 Kronen werden für auswärtige Bahnreisende Messelegitimationen, die zu 33prozentiger Fahrpreisermäßigung auf allen tschsl. Bahnen berechtigen, vom Messamte und in allen Verkaufsstellen abgegeben. Diese gelten auf Namen, mit Tinte ausgefüllt, für die ganze Messedauer für die sich damit und im Bedarfsfalle auch durch andere Dokumente legitimierende Person. Mißbrauch wird strengstens bestraft. — Tageskarten werden zu 10 K einzeln in beliebiger Anzahl an der Kasse des Messegeländes verkauft. Alle Gesuche um Freikarten sind zwecklos, da außer den am Eröffnungstage der Messe gültigen und nur für Honoratioren bestimmten Einladungen keine Freikarten bewilligt werden können. Die Aussteller erhalten zwei Aussteller-Abzeichen unentgeltlich und haben für weitere in Prag 10 Kronen (ohne Fahrtlegitimation) für auswärts, im Inlande 20 Kronen für jedes weitere Aussteller-Abzeichen samt Legitimation zu begleichen. Dasselbe gilt für die Aussteller auf der gleichzeitig stattfindenden Hotelmesse. Daß Messebesucher keine wie immer gearteten Abzeichen erhalten, sei mit allem Nachdruck zur Verhütung von Mißbräuchen betont.

Die nächste Ziehung der dritten Klasse der 10. tschechoslowakischen Klassenlotterie wird am 18. März 1924 um 8 Uhr früh im Ziehungssaale der Lotteriedirektion in Prag I, Kozi nam. Nr. 4, stattfinden. Gezogen werden in dieser Klasse 4200 Gewinne im Gesamtbetrage von 1,357.840 K, darunter Gewinne von 90.000 K, 60.000 K, 40.000 K drei zu je 10.000 K usw.

Wetterübersicht vom 12. März. Die Rückseitenwirkung der nach Innerrußland abziehenden Ostseedepression äußerte sich auch Mittwoch in unseren Gebieten noch durch ein leichtes Wolkentreiben. Gegen Morgen gingen Schneeschauer nieder, die jedoch nur am Nordostrand der Republik mehr als einen halben Millimeter Schmelzwasser ergaben. Die Temperatur, die Dienstag nachmittags vielfach auf + 5 bis + 7 Grad Celsius gestiegen war, lag in den Morgenstunden des Mittwoch zwar durchwegs unter Null; jedoch in den Niederungen etwas höher als Dienstag. Heiteres Wetter ist in Aussicht, doch wird sich der Nachtfrost zunächst etwas verschärfen. — Wahrscheinliches Wetter von heute: Vorwiegend heiter, verschärfter Nachtfrost, abflauender Wind.

Das Rätsel der Zeugung.

Zum Tode Jacques Loebs.

Professor Jacques Loeb, der dieser Tage in Bermuda gestorben ist, war einer jener zielbewußten Forscher, die in stiller, zäher Gelehrtenarbeit unsere Erkenntnis bis in ein Gebiet getragen haben, das bis vor kurzem jenseits der Grenzen zu liegen schien, die dem Menschengeist zugänglich waren. Das unerforschlich scheinende Rätsel der Entstehung des Lebens, das große Geheimnis der Zeugung, ist von ihm entschleiert worden.

Jacques Loeb, der während dreier Jahrzehnte in Amerika geforscht hat und Bürger der Vereinigten Staaten geworden war, ist ein Deutscher gewesen. Er war am 7. April 1859 zu Mayen im Rheinland geboren, aber schon als Schüler nach Berlin gekommen. In Berlin, München und Straßburg studierte er Medizin und Physiologie, wurde 1886 Assistent am Physiologischen Institut in Würzburg, zwei Jahre später in Straßburg und ging 1890 an die deutsche Zoologische Station nach Neapel, um dort biologische Forschungen zu treiben. Seine Hoffnung, an einer deutschen Universität einen Lehrauftrag zu erhalten, schlug fehl: deshalb folgte er einem Ruf als Professor am Bryn Mawr College in Pennsylvanien. Er wirkte später an anderen amerikanischen Universitäten und nahm schließlich seinen Wohnsitz in New York.

Im Jahre 1911 hielt er gelegentlich des ersten Monistenkongresses in Hamburg einen bedeutenden Vortrag über das Wesen des Befruchtungsvorganges. Zu seinen scharfsinnigen Untersuchungen auf diesem Gebiet war Loeb durch die schon in jungen Jahren begonnenen Untersuchungen über den sogenannten „Heliotropismus" bei Tieren gekommen. Jedermann weiß, daß sich die Pflanze stets dem Licht zuneigt; Loeb wies nun nach, daß sich einfache Lebewesen in dieser Beziehung nicht anders verhalten als Pflanzen. Um bei seinen Untersuchungen nach Möglichkeit die störenden Einwirkungen des Gedächtnisses auszuschalten, experimentierte er mit Arten ganz niederer Gattung; mit Blattläusen. Er setzte diese in ein Probierglas, das verdunkelt war, und in das nur durch einen kleinen Spalt Licht einfallen konnte. Da zeigte sich, daß alle Blattläuse stets dem erleuchteten Teil des Glases zustrebten, um an der hellen Stelle wie gebannt sitzen zu bleiben. Das Ergebnis war stets das gleiche, wie auch das Glas gedreht und gewendet wurde.

Einen bedeutungsvollen Schritt weiter auf dem Wege zur Erkenntnis der im Dunkel liegenden biologischen Vorgänge tat Loeb durch seine Untersuchungen über die künstliche Parthenogenese. Schon seit 75 Jahren weiß man, daß zur Erzielung eines neuen Lebewesens der Eintritt einer Samenzelle in das weibliche Ei erforderlich ist, daß aber bei niederen Organismen, wie zum Beispiel bei den Bienen, auch die sogenannte „Jungferntzeugung" vorkommt. Dieses lange Zeit nur von den Morphologen bearbeitete Gebiet erweiterte Loeb in bedeutsamer Weise durch den Nachweis, daß die Zeugung des neuen Lebewesens im Ei die Folge eines mechanischen Prozesses ist, der in der Hauptsache auf Oxydation beruht. Nicht die Verschmelzung der Samenzelle mit dem Zellkern des Eies ist das Ausschlaggebende, sondern die Anwesenheit freien Sauerstoffes. Entzieht man dem befruchteten Ei den Sauerstoff, dann tritt weder Kernteilung noch Zellenteilung ein — das sind nämlich die zuerst wahrnehmbaren Entwicklungsveränderungen im befruchteten Ei. Im Verfolg dieser Arbeiten fand Loeb, daß besonders die Salze für die Entwicklung des Lebewesens in seinen ersten Stadien eine große Rolle spielen. In langwierigen Versuchen mit Seeigeln vermochte er festzustellen, daß aus unbefruchteten Eiern eines Seeigels normale Larven hervorgingen, wenn die Eier für kurze Zeit aus normalem Seewasser in hyperionisches Seewasser (Seewasser mit einem bestimmten Zusatz von Kochsalz vermischt) gebracht wurden. Diese Versuche dehnte er auch auf Eier einer Reihe anderer niederer Tierarten aus, und das stets gleichartige Ergebnis ließ keinen Zweifel mehr daran, daß die Samenzelle als Mittel der Befruchtung entbehrlich und daß es möglich ist, das tierische Ei auf chemischem Wege zur Entwicklung zu bringen.

Zahlreiche jüngere Forscher haben sich bereits diesem von Loeb neu erschlossenen Gebiet zugewandt und zum Teil weitere, höchst bedeutsame Ergebnisse erzielt. So konnte der französische Gelehrte Bataillon die Entwicklung eines Frosches lediglich durch einen feinen Nadelstich erzielen, der also die gleiche Wirkung auslöste wie das in das Ei sich einbohrende Spermatozoon. Die Sensation der im Jahre 1912 in Washington veranstalteten Hygieneausstellung war ein kleines Gläschen, das in Spiritus einen beinahe völlig ausgewachsenen Frosch enthielt, den Loeb auf diese Weise erzeugt hat.

Wertvolle Untersuchungen hat Loeb auch auf dem Gebiet der Regeneration und Heteromorphose angestellt. Unter Regeneration versteht man die Eigenschaft niederer wirbelloser Tiere, abgetrennte Organe und Körperteile neu zu bilden. Die Heteromorphose ist die Ersetzung eines abgetrennten oder ausgeschnittenen tierischen Organs durch ein beliebiges anderes, das morphologisch dem abgetrennten nicht gleichwertig ist. Diese Versuche haben namentlich bei niederen Meerestieren die verblüffendsten Ergebnisse gehabt; es ergab sich so die Möglichkeit der Schaffung in der Natur überhaupt nicht vorkommender Arten. Auch hier wies Loeb die ausschlaggebende Bedeutung des chemischen Reizes für das Wachstum nach, das überhaupt nur eine Funktion der in den Zellen enthaltenen Wassermenge ist. Ohne Zellwasser gibt es kein Wachstum.

Immer tiefer dringt der menschliche Forschergeist in die verborgensten Geheimnisse der Lebensvorgänge ein; Jacques Loeb, der der Wissenschaft zu früh entrissen worden ist, hat unsere Erkenntnis vom organischen Werden als einem chemischen Prozeß ungeahnt erweitert.

Kleine Chronik.

Musik zum Zerspringen.

Der amerikanische Geiger Jasper in Boston erfreut sich, so wissen amerikanische Blätter zu berichten, in den Vereinigten Staaten heute eines großen Rufes, aber nicht wegen der Kunst seines Violinspiels, das mit dem Paganinis nichts gemein hat, sondern wegen seiner Virtuosität ausgebildeten Fähigkeit, durch die Töne seiner Geige Gläser und Kristallgegenstände zum Zerspringen zu bringen. Die Konzerte Jaspers muten auch keineswegs harmonisch an. Er braucht nur die Saiten mit dem Bogen anzustreichen, um alle Glasgegenstände, die sich in seiner Nähe befinden, in Scherben zu verwandeln. Es bedarf nicht erst der Erwähnung, daß Jasper mit seinen glasfeindlichen Konzerten ein Heidengeld verdient. Das Phänomen wurde wiederholt von Gelehrten unter Beobachtung aller den Betrug ausschließenden Vorsichtsmaßnahmen eingehend studiert. Jasper wurde kürzlich beispielsweise zusammen mit drei Professoren der Physik in einem Salon eingeschlossen, in dem sich zwei hohe Pfeilerspiegel befanden. Der Geiger begann seine Vorträge mit einer weichen, eintönigen Melodie, dann straffte sich plötzlich der Rhythmus, des Spiels und sofort sprangen auch die beiden Spiegel, als ob sie von einem Diamanten in der Mitte durchgeschnitten wären. Wie ist dieses Phänomen zu erklären? Die drei Gelehrten versichern einstimmig, daß gewisse Tonkombinationen die Eigenschaft besitzen, die Atmosphäre in so heftige Vibrationsschwingungen zu versetzen, daß das Gleichgewicht der Glasmoleküle aufgehoben wird. Das Phänomen, das von Jasper brauchmäßig ausgenutzt wurde, sei den Physikern durchaus bekannt. Man habe wiederholt die Beobachtung gemacht, daß durch Töne auf weite Entfernung hin eine große Glasscheibe zum Zerspringen gebracht wurde. Wie Jasper behauptet, hat er fünf Jahre lang gearbeitet, ehe es ihm gelang, den Erfolg zu erzielen, der ihn heute im Trust der Glasindustrie eine hervorragende Stellung einzunehmen würdig erscheinen läßt. Jasper ist aber dabei nicht stehen geblieben, er gedenkt sein Betätigungsfeld noch weiter auszudehnen. Er behauptet nämlich, daß er durch bestimmte Tongruppierungen bei Menschen einen Nervenschock hervorrufen könne. Gegen die neue Betätigung dieses Menschenfreundes dürften aber die amerikanischen Behörden ihr Veto einlegen. Vermutlich ist der Mann in Wirklichkeit ein sehr geschickter Taschenspieler und die ganze Meldung ein Produkt der Sensationsgier der amerikanischen Zeitungen.

Das Flugzeug als Säemaschine. Die Erschließung der Gebirgsgegend des pazifischen Nordamerikas durch Eisenbahnen und Straßen hat es mit sich gebracht, daß durch leichtsinniges Gebaren kampierender Gesellschaften öfters Waldbrände entstehen, bei denen die an steilen Hängen emporzüngelnden Flammen Wälder an Stellen vernichten, zu denen der Mensch nur mit äußerster Schwierigkeit oder überhaupt nicht gelangen kann. Es ist aber von höchster Wichtigkeit, daß gerade die Steilhänge der Berge des Baumschutzes nicht entbehren, da sonst das angesammelte lockere Erdreich durch Regengüsse leicht abgespült und damit die Verkarstung der Gebirge begonnen wird, aus der dann wieder Ueberschwemmungen und Versandungen der Flüsse und Täler resultieren. Die Forstverwaltungen der von diesem Problem berührten Staaten haben nun beschlossen, an den Brandstätten nicht auf spontanen Nachwuchs des Waldes zu warten, sondern unzugängliche Stellen von Flugzeugen aus, mit geeigneten Sämereien bestreuen zu lassen, um auf diese Art die schützenden Waldbestände schnell wieder zu erstellen. Ob sie damit einen Erfolg haben werden, ist allerdings eine andere Frage.

Volkswirtschaft.

Vorständekonferenz der tschechoslowakischen Gewerkschaftsvereinigung.

Genter System. — Sozialversicherung.

Sonntag, den 2. März fand in Prag eine Vorständekonferenz der tschechischen Gewerkschaften statt, in der über Organisationsfragen, den Staatsbeitrag zur Arbeitslosenunterstützung und über die Sozialversicherung verhandelt wurde. Anwesend waren 136 Delegierte, welche 43 Verbände vertraten.

Zunächst referierte der Sekretär der tschechoslowakischen Gewerkschaftsvereinigung Tayerle über Organisationsfragen, worauf eine Resolution zur Annahme gelangte, die dem Sekretariat für dessen Arbeit im Jahre 1923 die Entlastung erteilt.

Ueber den Staatsbeitrag zur Arbeitslosenunterstützung (Genter System) referierte der Vorsitzende der Buchdruckerorganisation Němeček. Es wurde eine Resolution angenommen, deren wichtigste Stelle lautet: „Die Vorständekonferenz der Gewerkschaften, welche am 2. März 1924 abgehalten wurde, spricht sich grundsätzlich für die Einführung des Gesetzes vom 19. Juli 1921 betreffend den Staatsbeitrag zur Arbeitslosenunterstützung aus. Die Gewerkschaftsorganisationen, welche vor und nach dem Kriege nach diesem Gesetz gerufen haben, übersehen nicht die Schwierigkeiten der außerordentlichen Verhältnisse, aber sie betrachten dieses Gesetz für die Zukunft auch weiter als geeignete Art des Schutzes der Arbeiterschaft vor den Folgen der Arbeitslosigkeit.

Ueber die Sozialversicherung referierte Genosse Dr. Winter. In der Resolution, die zur Annahme gelangte, wird gesagt, daß die Gewerkschaften auf dem Grundsatz der einheitlichen Sozialversicherung bestehen, in der Angestellte und Arbeiter vereinigt sind. Durch diese Einheitsversicherung würde das Heilverfahren vervollkommnet und auch die besonderen Bedürfnisse der einzelnen Berufsschichten würden besser gewahrt werden können. Entschieden legt die Konferenz Verwahrung gegen jede Absicht ein, die Vorlage zu verschlechtern, „indem sie erklärt, daß die Vorlage kaum den minimalen Forderungen der Arbeiterschaft entspricht." In derselben Resolution wird ferner die rechtliche Anerkennung der Kollektivverträge, ein Arbeiterurlaubsgesetz, die Novellierung des Gesetzes über die Betriebsausschüsse, die Abschaffung der Dienstbotenordnung und die Abänderung des Paragraph 2 der Gewerbeordnung verlangt. — Zum Schluß gelangte noch eine Entschließung zur Annahme, in der die Regelung des Verhältnisses zu Rußland gefordert wird.

Die Auswanderung aus der Tschechoslowakei im Jahre 1922.

Das statistische Staatsamt veröffentlicht soeben eine Uebersicht über die Auswanderung aus der Tschechoslowakei in allen vier Quartalen des Jahres 1922. Unter der Zahl der Ausgewanderten werden diejenigen Personen (samt ihren Angehörigen) verstanden, an die Auswandererpässe ausgefolgt wurden. Schon daraus ergibt sich, daß die Zahl der Auswanderer tatsächlich etwas höher ist, als sie in dieser Statistik angeführt wird. Die Gesamtzahl der Auswanderer im Jahre 1922 betrug danach 39.429, das ist 72 von 100.000 Einwohnern. Am meisten von ihnen, nämlich 18.291 wanderten in die Vereinigten Staaten aus. Nach Nord- und Südamerika zusammen wanderten 20.717 Personen aus, nach den übrigen Erdteilen 44, mit unbekanntem Reiseziel wanderten 733 Personen aus. In die europäischen Staaten wanderten 17.935 Personen aus. An der Spitze der Auswandererländer stehen — was überraschend wirkt — Deutschland und Oesterreich. Nach Deutschland wanderten 5208, nach Oesterreich 4214 Personen aus. Nach Frankreich gingen 3457, nach Südslawien 1555, nach Rumänien 1042. Was die Nationalität der Auswanderer betrifft, waren 27.674 Tschechoslowaken und 7932 Deutsche. Von der Zahl der Auswanderer entfallen also auf die Deutschen etwas über 23 Prozent.

Konkurrenz zwischen Staats- und Privathandel in Rußland.

Bekanntlich ist seit drei Jahren der Privathandel in Rußland von der Sowjetregierung zugelassen. Aber auch der vom Staate geleitete Warenhandel ist ebenso wie die Tätigkeit der kommunisierten Konsumgenossenschaften von großer Bedeutung für den gesamten Warenumsatz. Für die Beurteilung der Erfolge der kommunistischen Wirtschaft ist der Konkurrenzkampf zwischen dem Privathandel und dem staatlichen und konsumgenossenschaftlichen Handel entscheidend. Die Industrie, insbesondere die Großindustrie, befindet sich zurzeit in den Händen des Staates. Es wäre also anzunehmen, daß die Detailgeschäfte, die dem Staate gehören, billiger verkaufen können, als es der Privathandel tut, und da der Staat auch die Konsumgenossenschaften stark bevorzugt, so müßte man annehmen, daß die Privatbetriebe von den Genossenschaften zurückgedrängt werden.

Nun haben die Sowjetorgane, wie auch die amtliche Wirtschaftszeitung, folgende Ergebnisse dieser Konkurrenz festgestellt: Eisen kostet beim staatlichen Industrieverband 6 Rubel und bei Privatfirmen 5,75 Rubel; Brillen (1 Dutzend) kosten beim Staate 28,5, bei Privatfirmen 14 bis 15 Rubel; Damenschuhe kosten in Woronesch beim Staatsverband 10,60, im Privathandel 7 bis 8 Rubel; Stiefel beim Staate 14 bis 15, auf dem Wochenmarkt 10 Rubel; in Minsk Tabak bei den Genossenschaften 22 Kopeken, in den Privatläden 18 bis 20; in Smolensk ist Petroleum, dessen Produktion vollkommen verstaatlicht ist, beim Staatssyndikat pro Pud (= 16 Kilo) um 10 Kopeken teurer als im Privathandel usw. Eine endlose Reihe von Zahlen beweist, wie schwer es dem Staate und den Konsumgenossenschaften fällt, dem Privathandel in freier Konkurrenz gegenüberzustehen.

Ein wenig besser liegen die Dinge in der Textilindustrie und in einzelnen Städten, z. B. in Kiew, aber im großen und ganzen ergibt die Untersuchung folgendes Bild: die staatlichen, kommunalen und genossenschaftlichen Wirtschaftsorganisationen verkaufen die Waren teurer als die Privatfirmen.

Muß man aus diesen Zahlen schließen, daß die gemeinnützigen Organisationen unter allen Umständen von der Privatinitiative zurückgedrängt werden müssen? Dies wäre sicherlich eine falsche Schlußfolgerung. Nur die eigentümlichen Methoden der bolschewistischen Wirtschaft in Rußland haben es so weit gebracht, daß der kapitalistische Handel als Sieger aus dem Konkurrenzkampfe hervorgeht. Man muß sich zunächst die Frage vorlegen, woher die Privatfirmen ihre Waren bekommen. Sie müssen die Waren bei den staatlichen Industrieorganisationen kaufen und setzen sie mit einem gewiß nicht allzu mäßigen Zuschlage ab. Dagegen verfügen Staat und Konsumgenossenschaften über einen besonderen Apparat für den Warenumsatz. Es ist vorgeschrieben, daß die Waren nicht direkt vom Produzenten in die Verkaufsläden gelangen, sondern einen langen und komplizierten Weg durchmachen müssen: vom Industrieverband zum Zentralverkaufssyndikat, von diesem an den Provinzverband, dann an den Gauverband usw. Bei jeder dieser Transaktionen kommt ein Unkostenzuschlag hinzu und so erhöht sich der Preis auf dem Wege vom Produzenten zum Konsumenten oft um 400 bis 500 Prozent. Aehnlich liegen die Dinge auch bei den meisten Konsumgenossenschaften.

Dieser bureaukratischen Organisation des Wirtschaftsverkehrs ist es zuzuschreiben, daß die Warenproduktion in Rußland noch immer nur 30 Prozent der Friedensproduktion ausmacht und daß das private Handelskapital auf dem wirtschaftlichen Schlachtfelde immer mehr die Oberhand gewinnt.

Die Deutschnationalen gegen die Goldkreditbank. In der „Deutschen Tageszeitung" werden Bedenken erhoben gegen die Errichtung der deutschen Golddiskontbank, vor allem, da die Noten auf eine ausländische Valuta lauten und mit dem englischen Pfund vollständig verbunden sind. Damit wird die deutsche Golddiskontbank zu einem Anhängsel der Bank von England und das Kursniveau des Pfundwechsels sei in Zukunft ausschlaggebend für den deutschen Außenhandel. Die Einlösung der Noten der deutschen Golddiskontbank, obwohl vollgedeckt, werde nicht in Gold erfolgen, sondern nur in englischer Papiervaluta. Auch im Reichstage scheinen die Deutschnationalen noch im letzten Momente gegen die Golddiskontbank allerlei Einwendungen vorbringen zu wollen. Helfferich habe der „Germania" zufolge zu diesem Zwecke eine Reise nach Amsterdam unternommen, nachdem aus einem Abstecher nach Paris nichts geworden ist. Das Material, das Helfferich aus Amsterdam mitzubringen gedenkt, wird, meint das Blatt, schwerlich ausreichen, um der Vorlage ernste Hindernisse zu bereiten.

Aus dem graphischen Gewerbe. Wir haben in durchaus sachlicher Weise den Konflikt, der in Reichenberg zwischen der graphischen Union und den in den Prager Verbänden organisierten Angehörigen des graphischen Gewerbes ausgebrochen ist, behandelt. Am 4. Feber fand nun in Reichenberg eine Versammlung der dortigen Ortsgruppe der graphischen Union mit den zu der Graficka Beseda übergetretenen Senefeldern statt, worüber am 21. Feber ein Versammlungsbericht im kommunistischen „Vorwärts" erschien. Ein ganz ähnlicher Bericht befand sich auch in der Nummer des „Gutenberg", dem Organ der Buchdrucker, in der Nummer vom 7. März. Dieser Bericht zeigt, daß es der Gewährsmann der beiden Blätter, der dieselbe Person sein dürfte, mit der Wahrheit nicht sehr genau nimmt. Wir wollen daher feststellen, daß in der Versammlung, um die es sich handelt, zunächst Genosse Merten für die Graphische Union berichtete, daß die genannte Organisation die Verständigung immer gesucht hat. Für die Graficka Beseda sprach Jäger, der sonderbarerweise bemüht war, gelernte und ungelernte Arbeiter gegeneinander zu verhetzen. Dann sprach noch Genosse Wanzk, der ausführte, daß wir zur 44-Stundenwoche, welche die Union genau so wie die Buchdrucker wünscht, nur dann kommen werden, wenn wir uns einmütig dieses Ziel setzen und danach arbeiten. Wir müssen es ablehnen, die Differenzen zwischen einzelnen Schichten der Arbeiter zu vergrößern. Von einer Einheit im graphischen Gewerbe können die Prager Verbände nicht reden, da es sich bei ihnen selbst um sieben Organisationen handelt. — Die Aussprache verlief negativ, weil die Anhänger der Prager Verbände nicht den Wunsch hatten, zu einer Vereinbarung zu gelangen.

Der Streik der deutschen Hafenarbeiter. In einer Montag abends abgehaltenen Versammlung der Hafenarbeiter des Bremer Hafens wurde mit 1800 gegen 118 Stimmen beschlossen, in den Streik zu treten. — Der Streik der Hafenarbeiter hat sich Dienstag nicht weiter ausgedehnt. Die Schlepp- und Fährdampfer sind im Betriebe.

Ein Dollarkredit zur Stützung des französischen Franken. Von maßgebender amerikanischer Seite verlautet, daß Verhandlungen über einen großen Kredit für die französische Regierung in der Höhe von etwa 50 Mill. Dollars zur Stabilisierung der französischen Währung mit amerikanischen Bankiers geführt werden, aber noch nicht endgültig abgeschlossen sind. Nach privaten Kabelmeldungen sind auch Verhandlungen mit Londoner Bankiers über einen ähnlichen Kredit im Gange.

Arbeiterregierung und Streiks. Der englische Arbeitsminister Thom Shaw sprach Montag im Unterhaus über die Regierungspolitik in der Frage der unparteiischen Prüfungskommissionen, die künftig in Verwendung treten werden, wenn die Gefahr von Industriestreiks auftauchen wird. Shaw sagte, daß jeder größere Konflikt für sich allein verhandelt und sein Versuch betreffend Einführung von starren Regeln gemacht werden wird. Andererseits hat aber das Publikum, das unter den Streiks unausweichlich zu leiden hat, ein Recht darauf, zu wissen, um was es sich bei einem solchen Konflikt handelt. Shaw hält es für die Pflicht seines Amtes, dafür zu sorgen, daß die Arbeit nicht infolge Unklugheit irgend einer der Strittparteien eingestellt werde.

Kein Textilarbeiterstreik in Lancashire. Der drohende Streik der Baumwollspinnereien in Lancashire, der morgen beginnen sollte und 50.000 in denselben beschäftigte Personen betroffen hätte, wurde Montag nach längeren Verhandlungen verhütet. Die Spinnereiarbeiter, um derentwillen der Konflikt ausbrach, versprachen, daß sie die Arbeit wieder aufnehmen würden.

Aus Natur und Technik.

Das Rätsel der Eiszeit.

Im Diluvium, der letzten geologischen Entwicklungsperiode der Erdrinde vor der geschichtlichen Zeit der Menschheit, war ein großer Teil von Nordamerika, Nordeuropa und Mitteleuropa etwa ebenso mit Eis überkrustet, wie heute Grönland. Zeugen dieser Eiszeit sind die bekannten erratischen Gebiete oder Wanderblöcke, Steine bis zu weit über 1000 Zentner Gewicht. Man nimmt an, daß sie die Ablagerungen ungeheurer Gletscherströme darstellten, die sich vor ungezählten Jahrtausenden von Skandinavien und Finnland bis über die Ostsee, einen großen Teil Mitteldeutschlands, ja über die Nordsee bis Holland und Südostengland verbreitet und den Verwitterungsschutt und die Felsen der skandinavischen Gebirge mitgenommen hatten. In Nordamerika waren die Gletscherströme von Grönland ausgegangen. Aber wie sind diese Gletscherströme in Bewegung geraten? Die Ursache kann nur die Sonnenwärme gewesen sein. Zwischen den eiszeitlichen Ablagerungen finden sich auch Reste der bei uns während der Eiszeit heimischen Tier- und Pflanzenwelt. Es waren Tiere und Pflanzen, die jetzt nur im hohen Norden leben, Moschusochsen, Renntiere, Zwergbirken, Silberwurz usw.

Die unverkennbaren Ablagerungen der Eiszeit reichen in Nordamerika etwa bis St. Louis, also bis zum 38. Breitengrade, in Europa bis zum 51. Breitengrade. Aber in Sibirien, dem jetzt kältesten Lande der Erde, sind sie nicht vorhanden. Auf den neusibirischen Inseln unter 79 Grad nördlicher Breite lebten zur Eiszeit Mammute in ganz ungeheuren Herden, was unbedingt eine üppig gedeihende Pflanzenwelt voraussetzt. Die riesigen Pflanzenfresser bedurften mindestens einer Vegetation, wie sie sich heute in unserer Breite findet, also gut 25 Grad südlicher. Im Bereiche einer fünfmonatigen Polarnacht, wie sie heute auf den neusibirischen Inseln herrscht, konnte eine solche Vegetation unmöglich gedeihen.

Blicken wir weiter zurück in die Geschichte der Erdrinde, so fallen uns die Ablagerungen von Steinkohlen in Spitzbergen auf, die auf große vorzeitliche Wälder schließen lassen, und die Reste immergrüner subtropischer Pflanzen (Lorbeer, Magnolien, Palmen usw.) in Nordgrönland. In fünfmonatiger Polarnacht und einer Jahrestemperatur von 15 Grad unter Null können solche Pflanzen nicht wachsen. Gehen wir in der der Geschichte der Erdrinde zurück, in die Periode nach Bildung der großen Steinkohlenlager, so finden wir aus dieser Zeit in Deutschland die unverkennbaren Spuren eines sehr heißen Wüstenklimas. Zu derselben Zeit lagen, wie die Ablagerungen deutlich beweisen, Südafrika, Australien und Vorderindien unter einer ähnlichen Eiskruste wie heute Grönland und in der diluvialen Eiszeit Mitteleuropa. Also schon in jener uralten Zeit waren die Klimazonen völlig vertauscht. Auch die Zeit, die wir speziell die Eiszeit nennen, die diluvialische Eiszeit, die Zeit der erratischen Blöcke war keine einheitliche Periode. Es ist unbestreitbar nachgewiesen, daß sie durch zwei Perioden besonders warmen Klimas unterbrochen gewesen ist.

Wie erklären sich diese ganz auffallenden Klimawechsel? Unter fünfmonatiger Polarnacht kann keine mitteleuropäische Vegetation, geschweige denn eine subtropische oder tropische, hochkommen, und in der Nähe des Aequators können sich die Länder nicht mit Eiskrusten überziehen. Es gibt nur eine einzige Erklärung für die Eiszeiten — alle anderen Erklärungen sind unzureichend und an den Haaren herbeigezogen —: die Pole und der Aequator der Erde müssen sich verschoben haben. Verschieben sich die Pole, so konnten die Länder, die vorher Polarländer waren, heraus aus der Polarnacht und die Länder, die bis dahin Aequatorialgebiete waren, in den Bereich der Eiskrustenbildung. Verschob sich der Nordpol, schien eine italienische Sonne auf die skandinavischen Gletscher, so begannen diese zu schmelzen und zu wandern. Die diluviale Eiszeit erklärt sich einfach so, daß damals der Nordpol eine andere Lage einnahm. Er lag so ungefähr zu der Gegend von St. Louis, wie jetzt zur Südspitze von Grönland, das heute von einer Inlandseiskappe bedeckt ist. Ungefähr auf 63 bis 65 Grad Nordbreite muß damals in Nordamerika der Nordpol gelegen haben. Naturgemäß lagen dann die neusibirischen Inseln unter 50 bis 52 Grad Nordbreite und hatten mitteleuropäisches Klima, während Norddeutschland eine Nordbreite von über 60 Grad und ein sibirisches Klima hatte.

Nur die Verschiebung der Erdpole kann die Eiszeiten oder vielmehr die ganz auffallenden Klimawechsel zwanglos erklären. Aber damit ist nur ein Rätsel an die Stelle gesetzt. Bekannt ist, daß die Erdachse regelmäßigen kreisförmigen Schwankungen unterliegt, was kleine Polwanderungen zur Folge hat. Die Eiszeiten aber setzen so große Polwanderungen voraus, daß das Kreiseln der Erdachse allein zur Erklärung nicht ausreicht. Da bieten nun die Untersuchungen des Grönlandforschers Professor Dr. A. Wegener eine neue oder vielmehr die erste zugängliche Erklärungsmöglichkeit.

Nach Wegener hat ursprünglich Amerika mit Europa und Afrika ein einheitliches Festland gebildet, in dem in grauer geologischer Vorzeit eine gewaltige Längsspalte aufriß die Südamerika und Afrika und Nordamerika von Europa trennte. Die beiden Teile Amerikas schwammen gewissermaßen auf der tieferen glutflüssigen Erdinnenschicht um 4000 bis 8000 Kilometer nach Westen. Diese Massenverschiebung größten Stils läßt es schon begreiflich erscheinen, daß die Erdachse aus dem Gleichgewichte kam, und Pole und Aequator katastrophal verschoben wurden. Die Ursache der Eiszeiten wäre also die Polverschiebung und die Ursache der Polverschiebung die Umlagerung der Festländer durch Bewegungsvorgänge in oder unter der Erdkruste. Daß sich die Festländer heute noch verschieben, ist an Grönland durch geographische Längenbestimmungen in den Jahren 1823, 1870 und 1913 nachgewiesen worden. Grönland ist zwischen 1823 und 1870 um 420 und zwischen 1870 und 1913 um 1190 Meter nach Westen gewandert. Das ist freilich ein Schneckengang, gemessen an dem äußerst lebhaften Abrücken Nordamerikas von Europa während der Eiszeit, das dem Pol gewaltige und unregelmäßige Wanderungen aufzwang, wodurch die kalte Zone mehrmals stark verlegt wurde. Wie unruhig es unter und in der Erdkruste noch immer hergeht, hat auch wieder das japanische Erdbeben gezeigt.

Kunst und Wissen.

Arbeiter-Sinfonie-Konzert in Aussig.

Zum Andenken Smetanas.

Der Kreisbildungsausschuß Aussig der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei hat wiederum den Beweis erbracht, daß er seiner Aufgabe gewachsen ist, denn er hat, wie wohl wenige dieser Körperschaften, den Manen dieses größten tschechischen Musikers seinen Tribut durch die Veranstaltung eines Sinfonie-Konzertes gezollt. Aber nicht nur diese Seite allein verdient bei dieser Veranstaltung besondere Beachtung, mehr noch der Zug der wahren Internationalität, der über das rein Musikalische hinaus, hier in die Erscheinung tritt. Wenn es keine andere Möglichkeit zur internationalen Verbindung gäbe, so wäre die Musik allein schon die Brücke, die von Nation zu Nation führen würde. Deutsche Arbeiter feiern einen tschechischen Geistesheroen in würdiger, fast festlicher Feier. Und dieses Konzert war ein Fest. Festliche Stimmung bei den Hörern und festliche Begeisterung bei Orchester und Dirigenten. Der Kontakt zwischen dem Dirigenten Herrn Vladislav Sak und dem Orchester war noch nie so vorhanden wie diesmal. Ueber die Bedeutung Smetanas in der Musikwelt braucht wohl nichts mehr angeführt zu werden, da hierüber ausführlich genug geschrieben wurde, und über den Inhalt der zur Aufführung gebrachten Werke Smetanas geben die Veranstalter allgemein verständlich geschriebene Erläuterungen des Genossen Dr. Paul Pisk heraus, die ihren Zweck besonders bei unmusikalischen Hörern löblich erfüllen. Die Aufführung brachte die Ouverture zur Oper „Die verkaufte Braut" und den Zyklus der Sinfonischen Dichtung „Meine Heimat" in allen sechs Teilen. Eigentlich war es etwas viel, was hier Hörern und Aufführenden zugemutet wurde, aber es war doch von ganz besonderem Werte, daß die ganze Dichtung zu Gehör gebracht wurde. Jeder Teil eine Perle, die aber erst in vollem speziellen Glanze erstrahlt, wenn sie in einem Diadem gefaßt sind, so wirkte der Zyklus. Vor allem waren es die beiden ersten Teile und der fünfte und sechste, die das Charakteristische des Werkes zum Ausdrucke brachten. Herr Sak war so richtig in seinem Fahrwasser, er steigerte die Fortissimos so weit, daß das Schlagwerk und das Blech schon fast ungemütlich wurden. Er liebt Kontraste, auch dort, wo sie vermeidbar wären, alles das gelingt ihm mit diesem Orchester, aber die gelungenen Decreszendi sind eine Seltenheit. Auch über die Tempi und die spezielle tschechische Note in der Wiedergabe ließe sich streiten. Trotz dieser rein musikalischer Bedenken war die Gesamtaufführung aber doch eine Glanzleistung, an deren Bewältigung Dirigent und Orchester gleichen Anteil haben und die gleichzeitig auch eine physische Leistung beinhaltete, die nicht zu unterschätzen ist. Für die Veranstalter war die Feier ein Ruhmesblatt im Kranze ihres Wirkens. —l—

„Die Walküre" von Richard Wagner. Es gibt Opernabende, die schon deswegen stimmungslos wirken, weil ihnen die göttliche Inspiration des Kapellmeisters fehlt. Dieser Art war die letzte von Kapellmeister Stekel geleitete „Walküre"-Aufführung. Aber auch die gesanglichen Einzelleistungen waren an diesem Abende nicht von gleichmäßiger künstlerischer Güte. Enttäuscht hat vor allem der auf Engagement singende Herr Jank-Hoffmann als Siegmund, dessen letztes Auftreten als „Tannhäuser" mehr versprochen hatte. Das stark lyrisch gefärbte Organ des zweifellos intelligenten Sängers erwies sich der Siegmund-Partie gegenüber nicht als genügend durchgreifend und glanzvoll und auch als Darsteller kam Herr Jank-Hoffmann diesmal über althergebrachte Posen nicht hinaus. Den Hunding sang zum erstenmale Herr Greve; gesanglich und darstellerisch besser als man erwartet hatte. Auch die Fricka war mit Frau Hoffmann-Lippe neu besetzt. Besäße diese Sängerin nur einigermaßen größere Deutlichkeit im gesungenen Worte, sie müßte mit ihrer blühend schönen Stimme mehr Anklang als bisher finden. Unter den im Besitze ihrer Rollen gebliebenen Sängerinnen und Sängern ragte Herr Schwarz als Wotan und Frau Hussa als Sieglinde hervor, während Frau Wolf-Ortners Brünhilde nicht ganz auf der früheren künstlerischen Höhe stand. —ek.

Spielplan des Neuen Theaters. Heute Donnerstag „Lohengrin" (Beginn halb 7 Uhr); Freitag „Tausend und eine Nacht"; Samstag Premiere „Das Kamel geht durch das Nadelöhr"; Sonntag abends „Mädi".

Spielplan der Kleinen Bühne. Heute Donnerstag Exl-Bühne „Das Jungfernweh"; Freitag Exl-Bühne „Der Ehestreik"; Samstag „Don Pasquale"; Sonntag 3 Uhr „Die Flamme" (Else Lord-Meißner a. G.), halb 8 Uhr „Lilliom".

International in der Kunst. Der Künstlerverein „Manes" in Prag veranstaltet in seinen Räumen eine umfangreiche Ausstellung „moderner deutscher Malerei", welche die Galerie Arnold in Dresden zusammengestellt hat. In planmäßig aufgebauter Ausstellung soll ein Ueberblick zu gewinnen sein über das Schaffen deutscher Künstler, und zwar vorzugsweise der Berliner. Drei Gruppen umfaßt die Ausstellung. Erstens die Träger der großen Entwicklungslinie, die sich in Max Liebermann, Slevogt, Corinth aussprechen. Um diese herum sind sodann die Freunde dieses Kreises vereinigt wie: Charlotte Berend, Emil Orlik, Ulrich Huebner, Moll, Plontke, Heckendorf und Pascin, Purrmann usw. Die dritte Gruppe vertritt das Schaffen der modernen Künstlerschaft und hat in Kokoschka ihren stärksten Führer; um ihn herum Pechstein, Heckel, Schmidt-Rottluff u. a. Die Ausstellung wird Ende der kommenden Woche eröffnet.

Aus der Partei.

Bezirkskonferenz Asch. Sonntag fand im Gasthause „Karlsruhe" in Asch eine außerordentliche Bezirkskonferenz statt, die gut beschickt war und sich ausschließlich mit der bevorstehenden Werbeaktion für die Partei und Parteipresse befaßte. Genosse Jäckel (Asch) verwies in seiner Einleitung auf die Notwendigkeit einer guten Vorbereitung der Werbeaktion als Vorbedingung für einen ansehnlichen Erfolg. Gen. Zischka (Eger) erläuterte in seinen Ausführungen die vom Parteivorstand herausgegebenen Direktiven für die Werbearbeit und empfahl, auch die lokalen Verhältnisse mit in Betracht zu ziehen, um mit wenig Kraftanstrengung eine wertvolle und gründliche Arbeit leisten zu können. Die Bezirksexekutive beantragte nach der Debatte folgende Entschließung, die einstimmig angenommen wurde: Alle Lokalorganisationen des Bezirkes verpflichten sich, bis längstens 30. März l. J. Plenarsitzungen mit allen in den einzelnen Orten vorhandenen Arbeiterorganisationen, soweit sie auf sozialdemokratischer Grundlage stehen, abzuhalten, wo über die Art der Durchführung der Werbeaktion beraten werden soll. Zu diesen Sitzungen werden von der Bezirksexekutive Vertreter entsendet.

Turnen und Sport.

Kommende Wettspiele. Prag: Slavia gegen Makkabi Brünn. Das letzte Treffen im Herbst endete bekanntlich 3:3, wobei die Slavia erst zwei Minuten vor Abpfiff aus einem Freistoß ausgleichen konnte. — DFC. Prag spielt Sonntag in Hamburg. — Sportbrüder Prag Sonntag gegen Cechie Smichow. — Brünn: Zidenice gegen SK. Kladno.

Herausgeber: Dr. Ludwig Czech und Karl Cermak.
Verantwortlicher Redakteur: Wilhelm Riegner.
Druck: Deutsche Zeitungs-Aktiengesellschaft, Prag.
Für den Druck verantwortlich: O Holik.

Druck- und Verlagsanstalt Gesellschaft m. b. H. Teplitz-Schönau,
Tischlergasse 6. 1002
empfiehlt sich den P. T. Behörden, Vereinen, Organisationen, Gemeinden und Kaufleuten zur Herstellung von Drucksorten: wie Tabellen, Büchern, Broschüren, Zeitschriften, Zirkularen, Mitgliedbüchern, Einladungen, Plakaten, Flugschriften, Fakturen, Briefpapieren etc in solider und rascher Ausführung. Setzmaschinenbetrieb und Rotationsbetrieb.

Ein Beweis
daß die VITELLO-Delikateß-Margarine eine ausgezeichnete Qualitätsmarke ist, zeigt der stets steigende Umsatz.

Dezember 1923

nur
VITELLO
Delikateß-Margarine
gleicht der feinsten Teebutter.